Freitag, 9. November. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 10646.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Lotterie.

Bei der am 8. d. beendeten Ziehung der ersten Klasse 157. K. Preußischer Klassenlotterie sind folgende Gewinne gefallen: 1 Gewinn zu 15 000 M. auf Nr 64 566. 2 Gewinne zu 9000 M. auf Nr. 5284 und 28 946. 2 Gewinne zu 3600 M. auf Nr. 75 697 und 94 843. 2 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 43 014 und 13 840. 2 Gewinne zu 300 M. auf Nr. 15 492 und 65 682.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 9. November. Der „Moniteur" meldet: Im gestrigen Ministerrathe erklärte der Marschall, er sei fest entschlossen, in keinem Falle zurückzutreten, und er ersuchte die Minister, auf ihren Posten zu bleiben, bis es gelungen sei, die nöthigen Elemente zu einer andern Cabinetsbildung zu sammeln. Die Minister erklärten, sie würden bleiben, so lange Mac Mahon es für nöthig erachte.

Mehrere Delegirte der rechten Gruppen des Senats haben sich zu Mac Mahon begeben und ihm formell versichert, er könne auf die Majorität des Senats bei der energischen Vertheidigung des Landes und der Gesellschaft rechnen. Mac Mahon entgegnete: Ihr Schritt beweist, daß ich das Recht dazu hatte, auf die Unterstützung des Senats bei Befolgung einer conservativen Politik zu rechnen, welcher ich allein dienen kann."

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Dresden, 8. November. Die Königin-Mutter Amalie Auguste ist heute Abend gestorben. (Sie war am 13. November 1801 als Zwillingsschwester der verstorbenen Königin Elisabeth von Preußen geboren. Nur wenige Monate hat sie ihre jüngere Schwester Maria, die Wittwe des Königs Friedrich August von Sachsen überlebt.)

Versailles, 8. Novbr. Senat. Der Kriegsminister legte einen Gegen-Gesetzentwurf zu dem gestern erwähnten Gesetzentwurf über den Generalstab vor, die Sitzung wurde hierauf aufgehoben. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt. — Die Deputirtenkammer begann mit der Prüfung der Wahlen und hat die Wahlen einer Anzahl republikanischer Deputirten für giltig erklärt. Bei der Prüfung der Wahl eines officiellen Candidaten beantragt Brisson von der Linken Vertagung dieser Wahlprüfung, die zu gewichtigen Fragen Anlaß gebe, über welche gegenwärtig nicht discutirt werden könne. Cassagnac erwiderte, die officielle Candidatur sei im Jahre 1871 weit mehr als im Jahre 1877 gehandhabt worden. Der Antrag Brisson's wurde mit großer Majorität angenommen. — Die Bureaux des Senats haben sich constituirt, von den 9 Vorsitzenden derselben gehören 5 der Rechten, 4 der Linken an. Die Einbringung der von der Rechten des Senats beabsichtigten Interpellation, mittelst welcher ein Vertrauensvotum für die Regierung herbeigeführt werden soll, ist vertagt.

Constantinopel, 8. November. Ein Telegramm Mukhtar Paschas aus Erzerum vom 5. d. meldet, die Russen hätten am Sonntag seine Positionen rechts und links angegriffen, er habe rechts die Russen anfangs zurückgewiesen, nachdem sich aber die Russen des linken Flügels gegen das aus unvollständigen Erdwerken bestehende Centrum gewandt hätten, sei es den Truppen des Centrums nicht möglich gewesen, sich zu behaupten. Dieselben hätten unter Zurücklassung mehrerer Geschütze die Flucht ergriffen. Er habe darauf die Unmöglichkeit eingesehen, seine Positionen zu behaupten und das Signal zum Rückzug nach Erzerum gegeben. Die unter den Truppen des Centrums ausgebrochene Panik sei dem unehrenhaften Verhalten einiger Officiere zuzuschreiben, die vor das Kriegsgericht gestellt werden würden. Seine Truppen hätten die befestigten Werke von Erzerum besetzt, er habe Vertheidigungsmaßregeln getroffen.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 8. November.

Nachdem der Verwaltung des Staatsschuldenwesens für 1876 auf Antrag Meyer's (Breslau) Decharge ertheilt worden, tritt das Haus in die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern ein.

Bei Tit. 1 (Gehalt des Ministers) fragt Abg. Schumann, wie es mit der Aufhebung der evangelischen Domstifter steht. Im vorigen Jahre wurde der Commission eine Vorlage über die Aufhebung der Stifter in der Provinz Sachsen „in den nächsten Tagen" angekündigt; indessen vergingen sehr viele Tage, die Minister des Cultus und der Finanzen konnten sich über die unangenehme Hinterlassenschaft nicht einigen. Im Plenum jedoch erklärte die Regierung, die Sache befinde sich seit mehr als 50 Jahren in ununterbrochenem Fluß, was eine ebenso tröstliche als wahre Behauptung war. Nun wird wieder offiziös behauptet, die Regierung wolle die sächsischen Domstifter aufheben, dagegen nicht dasjenige in Brandenburg. Wenn wir früher in Betreff des letzteren einen besondern Antrag einbrachten so befand sich der wirkliche Minister des Innern in einer eigenthümlichen Situation; er war nämlich selbst Domherr, und es wäre ihm natürlich peinlich gewesen, sein eigenes hohes Collegium in die Luft zu sprengen. Vielleicht wird es nun dem interimistischen Minister des Innern gelingen, was die wirklichen Minister in 50 Jahren nicht zuwege gebracht haben. Es geht wirklich nicht, mit ursprünglich kirchlichen Geldern Ruheposten für gegenwärtige und ehemalige Minister und Generale zu construiren; einen solchen Zustand kann keine Partei und kein Organ der Presse in Schutz nehmen. Minister Friedenthal: Die Vorlage, betreffend die drei Domstifter der Provinz Sachsen, wird, wie ich hoffe, in der allernächsten Zeit an den Landtag gelangen können. Bezüglich des Domstiftes Brandenburg bedaure ich die gewünschte Erklärung nicht abgeben zu können, weil mir die Materie in diesem Augenblick noch völlig fremd ist.

Ab. Miquel bringt die jetzige Lage der Gesetzgebung und der Praxis bezüglich der Concessionirung der Branntweinschänken zur Sprache. Nach der Gewerbeordnung sind Gastwirthschaften ohne Rücksicht auf das Bedürfniß zu concessioniren, wenn nicht anzunehmen ist, daß das Gewerbe zur Förderung der Völlerei, des verbotenen Spiels u. s. w. mißbraucht werden soll und das Wirthschaftslokal den polizeilichen Anforderungen genügt. Die Ertheilung der Concession zu Schankwirthschaften und den Kleinhandel mit Branntwein sollen dagegen die Landesregierungen von der Bedürfnißfrage abhängig machen. In dem Entwurf zur Gewerbeordnung hatte gestanden, daß für den Betrieb sowohl von Gast- wie von Schankwirthschaften das Bedürfniß vorhanden sein müsse. Im Reichstage fand diese Bestimmung jedoch lebhaften Widerspruch, namentlich seitens preußischer Abgeordneter, welche bezeugten, daß die Behörden während der Conflictszeit ihr Concessionsrecht vielfach zu politischen Zwecken mißbraucht hatten, weil nämlich damals in Preußen die Concessionen für Gastwirthschaften nach den Gesetzen jahraus jahrein erneuert werden mußten. Anfangs war im Reichstage die Neigung ziemlich allgemein, überhaupt jede Concessionspflicht für Gast- und Schankwirthschaften aufzuheben und nur mit sehr vieler Mühe, selbst von meinen eigenen politischen Freunden bekämpft, konnte ich doch so viel in das Gesetz hineinbringen, daß in den Landestheilen, in welchen bis dahin bei der Concessionirung von Schänken und für den Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus die Bedürfnißfrage entscheidend gewesen war, es auch dabei verbleiben sollte. In Preußen besonders war dies der Fall. Nach dem Erlaß der Gewerbeordnung unterschieden nun die verschiedenen Regierungen, namentlich in den Landestheilen, wo früher der Betrieb einer Gastwirthschaft noch nicht ohne Weiteres zum Ausschank von Branntwein an sogenannte sitzende Gäste berechtigt hatte, auch weiterhin in dieser Weise zwischen den Befugnissen eines Gastwirths und denjenigen des Inhabers einer Branntweinschänke. Das Ministerium des Innern aber reprobirte diese Auffassung in einem Generalrescripte, welches ausführte, daß auch nach Erlaß der Gewerbeordnung jeder Gastwirth zugleich die volle Befugniß des Inhabers einer Branntweinschänke habe. Dieses Rescript halte ich nun mit dem Geiste der Gewerbeordnung für unverträglich, und es hat auch in dem ganzen preußischen Staat die unheilvollsten Folgen hervorgerufen. (Sehr richtig! rechts.) Ich frage: wie läßt sich denken, daß die Gewerbeordnung in § 1 sagt: ein Gastwirth ist ohne Rücksicht auf das Bedürfniß zu concessioniren, in § 2: bei Branntweinschänken soll dagegen das Bedürfniß maßgebend sein, und daß nun § 3 hinzugefügt wird: übrigens dürfen die Gastwirthe unabhängig von der Bedürfnißfrage thun, was den Schänkwirthen in § 2 verboten ist? Das ist eine reine Absurdität. (Sehr richtig! rechts.) Der Reichstag hat die Absicht des Gesetzes selbst authentisch declarirt, und zwar im Widerspruch mit dem erwähnten Generalrescript des Ministeriums bei Gelegenheit einer Petition der 13. westfälischen Provinzial-Synode, betreffend das Concessionswesen und die ungemessene Vermehrung der Schnapsschänken. Die Petitions-Commission beantragte damals Uebergang zur Tagesordnung, weil es einer gesetzlichen Regelung der Sache nicht bedürfe, denn das Gesetz unterscheide bereits zwischen Gast- und Schankwirthschaften, und es sei keineswegs der Sinn des Gesetzes, daß der Betrieb einer Gastwirthschaft auch die Befugniß ertheile, eine Schankwirthschaft zu führen. Der Reichstag hat diese Ansicht adoptirt. Trotzdem ist die Regierung bei ihrer Auffassung geblieben. Dadurch ist für die concessionirenden Behörden ein geradezu unwürdiger Zustand entstanden. (Sehr richtig.) Wenn Jemandem die Erlaubniß für die Anlegung einer Branntweinschänke versagt wird, weil ein Bedürfniß nicht vorliegt, so bittet er um die Genehmigung zur Errichtung einer Gastwirthschaft, wo das Bedürfniß nicht entscheidet. Ich habe den Fall erlebt, daß sich rings um eine abgelegene Fabrik, die 1200 Arbeiter beschäftigte, 15 Gastwirthschaften concessioniren ließen, nur in der Absicht die Arbeiter zum Branntweintrinken zu verführen. (Hört! Hört!) Die Stadt Osnabrück mit 30 000 Einwohnern hat in ihrem Bericht nachgewiesen, daß sich die Zahl der Gastwirthschaften seit dem 1. October 1869 von 16 auf 96 vermehrt habe. 1876 hat 4/5 der Gastwirthe überhaupt keinen, die Hälfte weniger als 10, der Rest etwas mehr als 10, aber unter 15 Logirgäste während eines ganzen Jahres bewirthet. Ich theile den Standpunkt voller Gewerbefreiheit in dieser Beziehung nicht, aber der Zustand, der unmittelbar zur Umgehung des Gesetzes auffordert, kann nicht länger geduldet werden. (Sehr richtig.) Entweder muß man die Gastwirthschaft auch der Concession auf Grund des Bedürfnisses unterwerfen, oder den Ausspruch des Gerichtes herbeiführen, ob ein Gastwirth berechtigt ist, das Schankgewerbe ohne Schranken auszuüben. Dazu bietet sich ja volle Gelegenheit. In den altländischen Provinzen könnte man auch die Entscheidung der Verwaltungsgerichte extrahiren und ich begreife nicht, daß nicht einer der vielen Landräthe, die im Hause sind, dies schon längst gethan hat. Wenn die Urtheile negativ ausgefallen sind, dann ist es Zeit, die Hilfe der Gesetzgebung anzurufen, um dem Nothstande auf socialem Gebiete abzuhelfen. (Beifall.) Minister Friedenthal: Vom Standpunkte der Regierung kann ich dem Vorredner für seine Anregung nur dankbar sein, denn durch die ungemessene Vermehrung der Schänken wird eine wahre Landescalamität herbeigeführt. Auf Grund der Reichstagsverhandlungen hat die Regierung sämmtliche Polizeibehörden und die Communen zum Bericht aufgefordert. Diese Berichte erzählen alle von einer angemessenen Vermehrung der Schankstätten, nämlich um ungefähr 16—18 000 Etablissements. Als das angemessenste Hilfsmittel wird auf die Gesetzgebung hingewiesen, weil die Auslegung der Gewerbeordnung zweifelhaft sei. Der andere, vom Abg. Miquel vorgeschlagene Weg würde wegen der Unmöglichkeit der Controle sehr schwierig sein; man würde auch den Grund für eine Concessionsversagung nicht in sachlichen, sondern in politischen Momenten suchen. Die Entscheidung der Regierung ist noch nicht getroffen. Jedenfalls aber wird die Angelegenheit weiter verfolgt werden. (Beifall.) — Abg. Lasker: Von allen Seiten wird man dem Abgeordneten Miquel dankbar sein, daß er diese wichtige Frage der Gesetzgebung über das Concessionswesen zur Sprache gebracht hat; indessen ich glaube, daß schon jetzt ohne alle Willkür die Polizei darüber wachen könnte, daß das Gesetz nicht offenbar umgangen wird, und das ist bisher noch gar nicht versucht worden. Wenn Jemand, der die Concession für eine Gastwirthschaft erworben hat, thatsächlich nur ein Schankgewerbe betreibt, so könnte ihm nach meiner Meinung die Polizei ohne Weiteres das Lokal schließen. (Widerspruch.) M. H., das ist nicht gegen die Kreisordnung. Das Reichsgesetz bestimmt, daß, wer eine Schankwirthschaft ohne Concession betreibt, sich dem aussetzt, daß die Wirthschaft polizeilich geschlossen wird. Wenn Sie dem widersprechen, kennen Sie die Kreisordnung nicht. Es steht dem Betreffenden dann nur frei, sich an das Verwaltungsgericht zu wenden. Ich bin auch überzeugt, daß, wenn die Behörden die gewöhnlichen Strafgerichte anrufen wollten, ihnen Recht gegeben werden würde. Ich glaube nämlich, die Auffassung, daß die Gastwirthe die Befugniß zum Betrieb einer Schankwirthschaft haben, beruht auf der Erwägung, daß Leute, welche in einem Gasthause wohnen, mitunter auch einen Schnaps trinken wollen. Aber das ist doch etwas ganz Anderes, als wenn Jemand die Firma eines Gastwirths führt und dabei in Wahrheit ein Schankgewerbe betreibt Im Uebrigen kann der Minister überzeugt sein, daß, wenn die Hilfe der Gesetzgebung sich als erforderlich erweisen sollte, er bei seinen Schritten zur Beseitigung der schweren Uebelstände sowohl hier wie im Reichstage kräftige Unterstützung finden würde. — Abg. Jacobi: Der Vorredner hat gewünscht, das Ministerium möge die Polizeibehörden anweisen, darauf zu achten, daß die gesetzlichen Bestimmungen betreffs der Concessionen zur genauen Ausführung gelangen. Das ist bereits wiederholt geschehen, ohne daß die Mißstände verschwunden sind; ebenso haben auch die Verwaltungsgerichte wiederholt über die Sache entschieden, und zwar ganz im Sinne des Hrn. Lasker. Die Dinge liegen in den Städten sehr schlimm, noch viel schlimmer aber auf dem Lande. Wie will man da den Unterschied zwischen Gast- und Schankwirthschaften feststellen? Da gehört zu einer Gastwirthschaft etwas Stallung, etwas Platz vor dem Hause und allenfalls zwei Zimmer. Ist das da, dann muß die Behörde die Concession ertheilen. Der Abg. Lasker sagt, offenbare Umgehungen des Gesetzes dürften nicht geduldet werden. Aber wenn der Mann alles so beibehält, wie es in der Concession steht, so kann man ihm doch nicht blos deshalb, weil keine Nachtgäste bei ihm einkehren, die Concession entziehen. Sobald ein Gastwirth seine Einrichtungen concessionswidrig abänderte, ist stets unbarmherzig gegen ihn vorgegangen worden. Hilfe kann hier nur die Gesetzgebung bringen, welche jedoch nicht Unterscheidungen aufstellen darf, die nicht durchzuführen sind, wie wir etwas Aehnliches in den Bestimmungen über die Pfandleih- und die Rückkaufsgeschäfte haben. Sie würde theilweise denselben Weg wählen müssen, wie früher in Preußen, wo für die größeren Städte die Concessionen von Gastwirthschaften an so schwere Bedingungen geknüpft waren, daß der Inhaber es mit dem Betriebe wohl ernsthaft meinen mußte, wo aber für die kleineren Orte bis zu 10 000 Einwohnern ein Unterschied zwischen Gast- und Schankwirthschaften gar nicht gemacht wurde. — Abg. Miquel: Ob Abhilfe im Verwaltungswege möglich ist oder nicht, will ich nicht entscheiden; aber daß das Ministerium des Innern aus sich heraus eine Interpretation der Gewerbeordnung gegeben hat, brachte die ganze Sache auf einen falschen Standpunkt, denn man weiß ja, welche Wirkung ein solches Ministerialrescript auf die Unterbehörden und auch auf die Kreisausschüsse ausübt. Das sollte man von den Verwaltungsgerichten entscheiden lassen. So wie die Sache jetzt liegt, ist sie auf falschen Boden gebracht worden und zwar vom Minister selbst. In den großen Städten ist allerdings eine Concessionirung sämmtlicher Gastwirthschaften schwierig, aber in den kleineren Städten und auf dem Lande nicht. Ich konnte mich auch in die Gefühle der preußischen Abgeordneten hineindenken, welche sich gegen die Concessionirung erklärten, weil sie so lange zu politischen Zwecken gemißbraucht worden ist. (Sehr richtig!) Aber wenn jede Concession auf immer ertheilt wird und ein geordnetes Verfahren in Bezug auf Entziehung derselben vor unabhängigen Behörden vorgeschrieben ist, dann fallen solche Bedenken weg. Ich bin zufrieden, daß der Minister versprochen hat, die Sache energisch in die Hand zu nehmen, denn es ist hier geradezu ein Nothstand vorhanden. (Beifall.) — Abg. Wehr (Conitz): Der Abg. Lasker befindet sich doch wohl im Irrthum, wenn er hier durch Polizeimaßregeln Abhilfe bringen zu können glaubt. Ich muß entschieden von diesem Mittel abrathen; wenn es mißlingt, hat es nur zur Folge, daß man den Behörden, insbesondere den Landräthen, politische und ähnliche Motive unterschiebt. Ich bin für eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit, und zwar für eine so schnell als irgend möglich. Aus meiner Erfahrung könnte ich geradezu haarsträubende Fälle vorführen. Ich kenne kassubische Dörfer, in welchen bis 5 Schänken unmittelbar neben einander liegen und wo die Bauern dann durch alle fünf, eines nach dem andern wandern. Noch auf einen Punkt muß ich aufmerksam machen. Es kommt vor, daß Leute sich eine Concession für Bier- und Weinausschank erwirken, dann das Glas Bier mit 2 Sgr. statt mit 1½ Sgr. berechnen und dafür einen Schnaps gratis verabreichen. (Heiterkeit.) Auf diese Art wird dann ein ganz munterer Branntweinverkauf etablirt. Ich möchte die Regierung bitten, auch diesem Mißbrauche ihre Beachtung zu schenken.

Abg. v. Lyskowski beschwert sich über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts seitens der Verwaltungsbehörden der Provinz Posen. Die polnischen landwirthschaftlichen Vereine würden von den Verwaltungsbehörden im Gegensatz zu den Justizbehörden nicht als Fachvereine, sondern als politische Vereine behandelt, indem man sie der polizeilichen Controle unterwirft, wie das beim „Polnischen Bildungsverein in Posen" der Fall gewesen sei. Die Verwaltungsgerichte seien von gleichen Gesinnungen gegen die polnischen Staatsbürger beseelt; das Verwaltungsgericht in Marienwerder habe im Gegensatz zu dem einstimmigen Urtheil des Kreisausschusses zwei polnische Amtsvorsteher von ihrem Amte entsetzt, weil sie an einer polnisch-katholischen Versammlung theilgenommen haben. — Abg. v. Heeremann bringt eine Reihe von Details zur Kenntniß des Hauses, um zu beweisen, daß die Maßregeln der Verwaltungsbehörden in den westlichen Provinzen immer im Geiste und zum Zwecke des Culturkampfs getroffen würden. Dadurch werde eine vollständige Mißregierung dieser Provinzen geschaffen. Dort werde kein Katholik als Beamter der Selbstverwaltung bestätigt. Auch als Landräthe und Amtmänner werden in den westlichen Provinzen Einheimische und Katholiken nicht mehr für qualificirt erachtet. Die im Amte befindlichen werden abgesetzt oder weggemaßregelt, Fremde und Nichtkatholiken, ausgediente Offiziere und Subalterne treten an ihre Stelle. Solche Beamte stehen in keinen Beziehungen zur Bevölkerung, das so nöthige Vertrauen fehlt. Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts wird von der Polizei chicanös gehandhabt, ebenso das polizeiliche Genehmigungsrecht bei rein religiösen Feierlichkeiten, wie bei Wallfahrten und Processionen; das macht in der Bevölkerung viel unnützes böses Blut. — Abg. Wehr (Conitz) bemerkt auf die Beschwerden v. Lyskowski's, daß es äußerst betrübend wäre, wenn das Vereinsrecht in Posen durch die Polizei wirklich chicanös gehandhabt würde. Dafür fehle aber noch der Beweis. Das Aufsichtsrecht der Polizei sei ganz gesetzlich gehandhabt worden, denn die Polen geben selber zu, daß sie in ihren Fachvereinen zwar nicht Politik, aber doch Nationalität treiben. Dieser Unterschied sei aber gar nicht festzustellen. Der Abg. v. Lyskowski habe zwar angeführt, daß vom Bezirksverwaltungsgericht einige polnische Amtsvorsteher wegen Theilnahme an polnischen Versammlungen verurtheilt worden sind, nicht aber hat er angeführt, daß andere deswegen freigesprochen seien. Im Gegensatz zu ihren jetzigen Angriffen gegen die Verwaltungsreform und ihre Institutionen hätten die Polen dieselben bis in den Himmel erhoben, als das Oberverwaltungsgericht eine ihnen günstige Entscheidung in der Sprachenfrage fällte. Die Uebernahme eines Ehrenamts in der Selbstverwaltung setze ein ausgebildetes Staatsbewußtsein voraus, das den Polen zum großen Theil noch fehle. Schon aus diesem Grunde rechtfertige sich die Amtsentsetzung. — Ab. v. Lyskowski wünscht, daß der Abgeordnete Wehr weniger den Landrath, sondern in seiner Eigenschaft als Abgeordneter mehr den bürgerlichen Standpunkt hervorgekehrt hätte. Derselbe befolgt den Grundsatz: calumniare audacter, semper aliquid haeret. (Die letzte Aeußerung zieht dem Redner einen Ordnungsruf des Präsidenten zu.) — Abg. Wetzki gesteht einem Abgeordneten wohl das Recht zu, falsche in der Rechtsprechung zur Erscheinung kommende Grundsätze der Justizbehörden tadelnd zur Sprache zu bringen, nicht aber, wie der Abg. v. Lyskowski gethan, einzelne Erkenntnisse zu kritisiren. Es gebe Leute, welche von der Wiederherstellung des polnischen Königreichs träumen und deshalb die Massen der polnischen Bevölkerung aufregen. Diese stellen die deutsche Bevölkerung und die deutsche Regierung als die schlimmsten Feinde der Polen hin, die ihnen Sprache und Religion nehmen wollen. Beamte, welche an einer solchen Agitation Theil nehmen oder ihr Vorschub leisten, verletzen ihre Amtspflicht aufs gröblichste und müßten von ihrem Amte entfernt werden. Sei das aber durch Thatsachen nicht erwiesen, dann müßten sie in ihrem Amte belassen werden. Diese gewiß correcten Principien habe das vom Abg. v. Lyskowski angegriffene Bezirksverwaltungsgericht zu Marienwerder in seiner Judicatur beobachtet und werde das auch fernerhin thun. — Abgeordneter Kantak: Auf Grund richterlicher Erkenntnisse bedürfen die landwirthschaftlichen Vereine keiner polizeilichen Bestätigung; dagegen giebt die Regierung dem Polizeicommissar das Recht, die nichtpolitischen landwirthschaftlichen Versammlungen zu inhibiren. Findet sich der Minister des Innern, der zugleich Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist, nicht veranlaßt, die landwirthschaftlichen Vereine gegen die Willkür der Polizei zu schützen? Das Verwaltungsgericht führte aus, daß jene Versammlungen staatsfeindliche gewesen, weil es notorisch eine Partei gebe, welche die Wiederherstellung Polens verlange; die Angeklagten aber seien Polen; deshalb dürften sie nicht an Versammlungen der polnisch-katholischen Partei Theil nehmen. Aber in dem Erkenntniß hätte man doch erst nachweisen müssen, daß es überhaupt eine solche Partei giebt und ob jene Männer ihr angehört haben. Man hat uns vorgeworfen, daß wir beständig über Unterdrückungen klagen. Nun sind denn in anderen Provinzen sogar die Bildungsvereine der polizeilichen Controle unterworfen? Man wird es nicht dahin bringen, daß wir unsere Nationalität vollständig aufgeben; man wird dies, wenn man noch einen Funken Gefühl hat, nicht von uns verlangen können. Das erwähnte Erkenntniß ist insofern lehrreich, als daraus hervorgeht, daß der Kreisausschuß dem Polen, ohne Rücksicht auf seine amtliche Stellung, die Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte gestattet, während das Bezirksgericht annimmt, ein Pole habe überhaupt keine staatsbürgerlichen Rechte. Was unsere persönliche Ansicht betrifft, so haben wir bereits öfter ausgesprochen, daß die Wiederherstellung des Königreichs Polen für uns kein Traum, sondern ein fester Glaube ist. Aber wir wollen sie nicht durch revolutionäre Mittel herbeiführen, sondern halten sie für ein Postulat der Geschichte, im eigensten Interesse der Deutschen. Wir halten es für erforderlich, Ihnen zu zeigen, in welcher Weise die wohlthätigsten Gesetze ausgeführt werden, wenn sie bei uns eingeführt werden. — Abg. Wehr (Bromberg): Der Abg. Kantak hat erst gestern erklärt, daß er in diesem Hause lediglich als Vertreter der polnischen Nation erscheine. Die Polen mögen sich also nicht wundern, wenn sie in besonderer Weise behandelt werden; sie beanspruchen es ja selbst. Und wie kann dann ein Pole als Amtsvorsteher ein Ehrenamt übernehmen, wo es doch gilt, das gemeine Staatsinteresse zu fördern? Wir haben als Deutsche, den Polen gegenüber, deutsche Interessen zu wahren und werden es zu verhindern wissen, daß Polen Amtsvorsteher werden. — Abg. Wehr (Conitz) bemerkt, daß dem Hrn. v. Lyskowski kein Urtheil darüber zustehe, ob er seine Stellung als Abgeordneter mit der als Landrath verwechsle. — Abg. Windthorst (Meppen): Die Discussion hat eine solche Schärfe angenommen, daß eine Verständigung unmöglich ist. Wenn man so gegen die Polen auftritt, wie es hier geschehen ist, dann kann von einer gerechten Behandlung der Polen überhaupt nicht die Rede sein. Es ist heute generell ausgesprochen worden, daß die Polen nicht zu Organen der Selbstverwaltung berufen werden können, weil sie ihre Nationalität nicht aufgeben wollen. Ich würde sie, wie jeden Anderen, für ver-

ächlich halten, wenn sie ihre Nationalität nicht aufrecht erhalten wollten. Was die Absetzung der beiden Amtsvorsteher betrifft, so ist es schon ein böses Zeichen, daß dieselben von dem Kreisausschuß, welcher der Sache doch viel näher steht, freigesprochen, während sie von dem Bezirksverwaltungsgericht verurtheilt worden sind. Ich muß noch hervorheben, daß dieses ganze Gericht mit Deutschen besetzt war; und wenn diese derselben Anschauung sind, wie der Abg. Wetzki, so können sie nicht unbefangen gewesen sein. Ich will nicht das Resultat des Erkenntnisses beurtheilen, da ich nicht weiß, welche Reden die beiden Angeklagten in den Versammlungen gehalten haben; aber die Gründe, welche man angeführt hat, sind nicht im Stande, ihre Entlassung zu rechtfertigen. Wenn man die Polen als Heloten behandelt, dann können sie nie zur Ruhe kommen. Wer will ein Helot sein? — Abg. Wetzki verwahrt sich persönlich gegen den Vorwurf des Abg. Windthorst, als ob er nicht unbefangen sei. — Abg. Wehr (Bromberg) bemerkt, daß er nicht generell gesagt habe, die Polen seien von der Selbstverwaltung auszuschließen, sondern nur, daß man sie nicht zu Amtsvorstehern machen dürfe.

Zu dem Etatstitel ergreift sodann das Wort der Abg. Schorlemer-Alst: Schon im vorigen Jahre habe ich mitgetheilt, daß seitens des Oberpräsidenten den Krankenhäusern in Westfalen verweigert worden ist, Collecten innerhalb der Gemeinden zu halten. Graf zu Eulenburg äußerte hierauf, daß das Collectenwesen nicht in zu enge Grenzen geschlagen werden solle. Als nun das Krankenhaus Stadtlohn mit der Bitte hervortrat, ihm eine Collecte zu gestatten, rescribirte die Regierung zu Münster, daß dieses Gesuch beim Ober-Präsidenten nicht befürwortet werden könne. Aber das heißt doch, die Existenz dieser Anstalten geradezu ruiniren wollen und es ist augenscheinlich, daß hier eine böse Absicht vorhanden ist, denn noch in diesem Jahre hat Graf Eulenburg dem Diakonissenhaus in Nowaweß eine Collecte für den ganzen Staat bewilligt. Ist hier noch von Gerechtigkeit die Rede und läuft das nicht auf Verfolgungswahnsinn hinaus. — Minister Friedenthal: Ich werde sofort in die Erwägung dieser Frage eintreten und nach Kenntnißnahme des einschlägigen Materials die zur Abhilfe geeigneten Mittel ergreifen. Auf die Beschwerden des Abg. v. Heeremann hatte ich keine Veranlassung einzugehen: er hat nur ein Bild von der Lage Westfalens entrollt und mich augefordert, auch hinzusehen. Das werde ich, wie es meine Pflicht ist, thun. — Abg. Windthorst (Meppen): Nach der Erklärung des Ministers will ich nur noch darauf aufmerksam machen, daß die vom Abg. v. Heereman dargelegten Zustände notorisch sind; es würde mich gefreut haben, wenn der Minister versichert hätte, daß das, was vorgekommen, nicht wieder vorkommen dürfe. So wie es geht, kann es nicht weiter gehen bei der Bestätigung von Communalbeamten und der Anstellung von Beamten, sonst kann unmöglich noch irgend welche Anhänglichkeit an das Gemeinwesen aufrecht erhalten werden. Es würde dann auch in diesen Provinzen das Gefühl um sich greifen, daß sie zu Heloten gemacht werden sollen. (Lebhafter Widerspruch.) Das werden Sie erfahren, die Deutschen lassen sich von Deutschen nicht zu Heloten machen. (Beifall im Centrum. Heiterkeit.)

Titel 1 wird genehmigt. Die Titel 1a, Unterstaatssecretär, und 2 (12 Räthe) werden auf Antrag des Abg. Hammacher der Budgetcommission überwiesen; die übrigen Titel des Capitels werden ohne Debatte genehmigt.

Die Debatte des Cap. 90: Statistisches Bureau und 91: Meteorologisches Institut wird vereinigt. — Abg. Schmidt (Stettin) richtet an die Regierung zunächst die Frage, ob der vom statistischen Bureau ausgearbeitete Plan einer allgemeinen Unterrichtsstatistik zur Ausführung kommen werde, oder ob er an den großen Kosten (20—30 000 Thaler) gescheitert sei. Redner tadelt, daß die Beamten des preußischen statistischen Bureaus geringere Besoldungen bezögen, als die entsprechenden Reichsbeamten und daß die Remunerationen der Beobachter des meteorologischen Instituts gänzlich unzureichend seien. — Abg. Thilenius wünscht eine Ausdehnung der Beobachtungen des meteorologischen Instituts auch auf Süddeutschland, die Schweiz und die deutsch-österreichischen Provinzen im Interesse der Landwirthschaft. Redner tadelt das Verfahren des meteorologischen Instituts, welches noch nach Pariser Linien und Reaumur beobachtete, während sich die ganze Welt schon dem Decimalsystem angeschlossen hätte. — Minister Friedenthal bestätigt, daß in Betreff der Nutzbarmachung der Berichte der Seewarte Unterhandlungen mit derselben angeknüpft, aber noch nicht beendet seien, weil noch Berathungen stattfinden, ob es sich nicht empfehle, ein Institut zu errichten, welches über die Aufgabe der Seewarte sich die Erforschung der meteorologischen Verhältnisse zum Gegenstand seiner Arbeit macht. — Geh. Reg.-Rath Herfurth: Der Plan der allgemeinen Unterrichtsstatistik ist nur deshalb noch nicht acceptirt, weil er die Kreis- und Provinzialbehörden zu sehr belastet. Das die Beamten des preußischen statistischen Büreaus geringer belastet sind, als die entsprechenden Reichsbeamten, ist richtig; aber der Landtag hat ja schon einmal in einem ähnlichen Falle entschieden, daß eine absolute Gleichmäßigkeit der preußischen und Reichsbeamten nicht Grundsatz sein solle. In Betreff des meteorologischen Instituts schweben noch Verhandlungen, ob man dasselbe dem Cultusministerium und speziell dem astro-physikalischen Institut in Potsdam, oder der Seewarte anschließen solle. Die Kapitel werden genehmigt.

Zum Kap. 92: Oberverwaltungsgericht beantragt Abg. Gneist eine Vermehrung der Rathsstellen desselben um zwei, indem er darauf verweist, daß die Geschäfte sich so bedeutend vermehrt haben, daß mit dem jetzigen Personal nicht auszukommen sei. Die in Aussicht gestellte Novelle zur Städteordnung würde die Arbeitslast noch vermehren. Redner beantragt selbst die Verweisung des Antrages an die Budgetcommission. — Abg. Windthorst (Meppen) tritt dem Antrage des Abg. Gneist entgegen. Bei aller Anerkennung der Erheblichkeit der vorgeführten Gründe dürfe das Haus doch nicht aus seiner Mitte heraus Bewilligungen eintreten lassen, so lange die Regierung selbst nicht eine Mehrforderung für geboten erachte. — Abg. v. Manteuffel schließt sich dem Vorredner durchaus an und giebt der Regierung den Rath, einen Theil der Arbeitslast des Oberverwaltungsgerichts durch Hilfsarbeiter erledigen zu lassen, die, ohne Mitglieder des Collegiums zu sein, unter der Verantwortlichkeit des letzteren arbeiten könnten. Andererseits könne man die Arbeitslast dadurch vermindern, daß man die Competenz des Gerichtshofes einschränke und einzelne geeignete Materien anderen Behörden übertrage, wie dies beispielsweise bezüglich der Patentsachen geschehen sei. — Geh. Rath Herrfurth erklärt, daß die Regierung eine über das Maß ihrer eigenen Forderung hinausgehende Vermehrung der Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts zur Zeit nicht für erforderlich halte. Erwäge man allerdings, daß eine Vermehrung der Arbeit durch die dem Landtage vorliegenden Gesetzentwürfe in Aussicht stehe, so könne man immerhin für die Zukunft Vorsorge treffen und da der Antrag Gneist die Regierung zu der Anstellung zweier neuer Räthe nicht zwinge, sondern nur berechtige, so glaube sie demselben nicht entgegentreten zu dürfen. Die genaueren Zahlenangaben über den Geschäftsumfang des Oberverwaltungsgerichts behalte er sich für die Budgetcommission vor.

Das Haus beschließt, den Antrag Gneist der Budgetcommission zu überweisen und vertagt sodann die weitere Etatsberathung bis Freitag.

Danzig, 9. November.

Im Abgeordnetenhause brachte gestern der Abg. Miquel einen allseitig empfundenen Uebelstand zur Sprache: Die maßlose Vermehrung der Branntweinschänken. In Preußen bestand früher eine Vorschrift, welche für kleine Ortschaften auch die Gastwirthschaft, als von der Schänke nicht hinlänglich sicher zu unterscheiden, an die amtliche Entscheidung der Bedürfnißfrage band. Bei der Berathung der Reichsgewerbeordnung hat die Erinnerung an den Mißbrauch des Concessionsrechts in Preußen durch reactionäre Behörden es unmöglich gemacht, dasselbe in Bezug auf Gastwirthschaften aufrechtzuerhalten. Damals wurden diese Concessionen aber auch von Jahr zu Jahr neu ertheilt. Jetzt giebt es nur noch eine Concessionirung ein für allemal. Ihre Entziehung hängt nun im östlichen Preußen von dem Spruche unabhängiger Verwaltungsgerichte ab. Die Frage steht daher heute anders; sie ist keine hochpolitische mehr, sondern eine rein sociale, und kann nach den dahin gehörigen Gesichtspunkten unbefangen entschieden werden. Die Dringlichkeit durchgreifender Abhilfe für diese wahre Landescalamität haben die Redner der nationalliberalen Partei, Miquel, Lasker und Jacobi, gestern zur allgemeinen Anerkennung gebracht. — Der Rest der Sitzung wurde zum großen Theile von den Ultramontanen und den Polen mit den altbekannten Klagen ausgefüllt.

Die von der „Weser-Ztg." und andern Blättern colportirte Nachricht, daß für die Ausführungsgesetze zu der Reichsjustizorganisation eine außerordentliche Landtagssession im Frühling beabsichtigt werde, konnten wir schon gestern dementiren. Heute wird sie auch officiös als jeder Begründung entbehrend bezeichnet. Es wird von dieser Seite hinzugefügt: „Der Commissarius des Justizministers hat vor wenigen Tagen die Vorlage des zweiten der betreffenden Gesetze — das erste über die Landesgerichte liegt bereits vor — für die nächste Zeit in Aussicht gestellt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß alsdann die Landtagscommission sofort an die Berathung der beiden Gesetze gehen wird. Es liegt bis jetzt kein Grund zu der Annahme vor, daß die Erledigung der beiden Gesetze nicht rechtzeitig innerhalb der ordentlichen Session erfolgen könnte. Jedenfalls läßt sich die Gesammtlage der parlamentarischen Arbeiten bis zu dem für die zweite Hälfte des Januar zu berufenden Reichstage jetzt noch nicht übersehen und daher auch nicht sagen, ob sich eine Vertagung des Landtags als angemessen herausstellen werde. Auf keinen Fall wird es sich aber bei einer etwaigen Frühjahrssession um eine außerordentliche Session für die Justizgesetze handeln."

In Abgeordnetenkreisen berechnet man, daß die bis jetzt dem Landtage zugegangenen Vorlagen bewältigt werden können, daß also keine Frühjahrssession nothwendig sein wird, wenn dem Landtag Zeit etwa bis gegen Ende Januar gewährt wird. Anders würde sich die Sachlage gestalten, wenn diese Aufgaben noch sehr wesentlich vermehrt würden. Mit Bestimmtheit erwartet wurden bisher nur noch das Einführungsgesetz zu den Reichsjustizgesetzen und die Novelle zur Städteordnung. Beide Vorlagen dürften nicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Ueber den von der Thronrede angekündigten Communalsteuergesetzentwurf hat sich, wie uns heute einer unserer Correspondenten schreibt, die Situation verändert. „Die Schwierigkeiten, welche der Einbringung des Entwurfes entgegenstanden, so daß dieselbe für diese Session als aufgehoben galt, sind — so berichtet man uns — in letzter Stunde überwunden worden und es ist nunmehr die Einbringung in Aussicht gestellt; jedoch sind immer noch einzelne Anstände zu beseitigen, über die im Augenblick noch Berathungen schweben." Sollte der Entwurf wirklich eingebracht werden, so ist doch, Angesichts der Gährung, in welcher sich die Frage einer allgemeinen Steuerreform zur Zeit befindet, vorherzusehen, daß er sehr bald begraben werden würde. Um so mehr wird dies geschehen, wenn, wie erzählt wird, die Regierung, welche ihren ersten Entwurf, wie man sich erinnert, s. Z. auch den Magistraten der größeren Städte zur Begutachtung überschickt hat, auf die Vorschläge der Communalbehörden, welche die Rechte der Communen zu wahren suchten, nicht eingegangen ist.

Die Aussichten der Session würden allerdings einen vollständig veränderten Charakter annehmen, wenn die Nachrichten über die Pläne des stellvertretenden Ministers des Innern begründet wären. Danach soll Herr Friedenthal damit umgehen, dem Landtage noch in der gegenwärtigen Session nicht allein eine Kreisordnung für Schleswig-Holstein, sondern auch ein Behördenorganisationsgesetz vorzulegen; ja, man läßt ihn sich ernstlich mit einer Landgemeindeordnung beschäftigen. So erfreulich diese Fruchtbarkeit nach der trostlosen Sterilität, mit welcher die Session begann, sein würde, so wird es doch gerathen sein, sich einstweilen noch skeptisch zu verhalten.

Die Ministerien sind durch den Gang der Landtagsarbeiten außerordentlich in Anspruch genommen; unter solchen Umständen scheint denn u. A. das Unterrichtsgesetz gänzlich in den Hintergrund getreten zu sein, denn man erfährt nicht, daß die Arbeiten in den einzelnen Ressorts bezüglich dieses Gesetzes vorgeschritten wären, geschweige denn, daß Gesammtberathungen des Staatsministeriums darüber in Aussicht ständen. Somit ist auch selbst eine Vorlegung des Entwurfes beziehungsweise eine Verständigung über die geschäftliche Behandlung derselben für diese Session nicht zu erwarten. Der Etat des Cultusministeriums wird in dem Abgeordnetenhause nicht vor dem 15. d. M. zur Berathung gelangen, diese mindestens eine Woche in Anspruch nehmen. Eine Feststellung des Etats in beiden Häusern vor Ablauf des Jahres wird nach wie vor für höchst unwahrscheinlich gehalten.

Ueber das Schicksal der Reichstagssession ist eine Prophezeihung im gegenwärtigen Augenblicke auch nicht annähernd möglich. Kommt in derselben auch nur ein Theil der Reformpläne, welche dem Reichskanzler zugeschrieben werden, zu concreter Ausgestaltung, so müßte sie den arbeitsreichsten und entscheidungsvollsten ihrer Vorgängerinnen an die Seite treten. Diese Möglichkeit führt uns noch zu einer andern Bemerkung über die parlamentarische Zeiteintheilung. Bei der vollständigen Ungewißheit über die Steuerreformvorschläge, welche angeblich den Reichstag beschäftigen sollen, ist eine einigermaßen genaue Vorstellung von der Gestaltung des Reichshaushaltsetats noch gar nicht möglich. Trotzdem muß der preußische Matricularbeitrag für das Verwaltungsjahr 1878/79 schon jetzt festgestellt werden. Man ist auf diese Weise in Preußen bei der Veranschlagung eines sehr bedeutenden Budgetpostens vollständig auf das Ungewisse angewiesen, eine Thatsache, die nur vermieden werden könnte, wenn die Feststellung des Landeshaushaltsetats nach derjenigen des Reichshaushaltsetats erfolgte. Von officiöser Seite wird geschrieben, es habe „lebhaftes Befremden erregt", daß der Abg. Lasker auf diese Thatsache hingewiesen und eine entsprechende Umänderung der Reihenfolge der Sessionen verlangt habe. Uns scheint es im Gegentheil sehr befremdlich, daß man auf jener Seite auf dies Moment so gar kein Gewicht legt. Es ist durchaus nicht gleichgiltig, ob der Nachtragsetat in unserer Finanzwirthschaft zu einer festen Institution wird.

Die „B. A. Z." hält die gestrigen Mittheilungen der „Prov.-Corr." über die deutsch-österreichischen Zollverhandlungen für durchaus nicht genügend und sagt, wichtige Punkte bedürften noch dringend der Aufklärung. Das genannte Organ hat schon im Mai gesagt, daß nach seinen Informationen wenig Aussicht sei, daß ein Vertrag mit Conventialtarif zu Stande kommen würde, und es läßt durchblicken, daß es nach seiner Meinung darauf angelegt sei, die bezüglichen Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Das Blatt sagt: „Wäre der deutsche Reichstag zu dieser Zeit versammelt, er dürfte nicht einen Tag mit einer Interpellation säumen, weil es — wir wünschen lebhaft, eines Besseren belehrt zu werden, — nach den Erklärungen des österreichischen Handelsministers v. Chlumecky in der Sitzung des Ausgabe-Ausschusses des Reichsraths zu Wien am 3. November den Anschein hat, als wären von deutscher Seite die Verhandlungen nicht so geführt worden, daß die österreichisch-ungarische Regierung daraus die Ueberzeugung hätte gewinnen müssen, es läge der deutschen Regierung sonderlich viel an dem Zustandekommen eines neuen Handelsvertrages mit Conventionaltarif. Es kommt bei solchen Verhandlungen sehr wesentlich darauf an, auf welchen Standpunkt man sich von vorn herein stellt und unter welchen Formen man zu einer Verständigung über den materiellen Inhalt des zu vereinbarenden Vertrages zu gelangen sucht, und zwar gerade dann am allermeisten, wenn diese Verständigung schwierig und weitläufig ist. Ueber diesen formalen Punkt ist eine Aufklärung von zuständiger Seite aus dringend nothwendig."

Ein Londoner Telegramm, nach welchem sich der Herzog von Edinburg und der hiesige englische Botschafter, Lord Loftus, in's russische Hauptquartier begäben, um Friedensvorschläge zu überbringen, wird nach einem Petersburger Telegramm von Lord Loftus selbst als durchaus unbegründet bezeichnet.

Deutschland.

△ Berlin, 8. Novbr. Der Bundesrath hielt heute Nachmittag 2 Uhr eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Staatsministers Hofmann. Die Vorlage, betr. die Herbeifüheung eines einheitlichen Systems der Eisenbahngüter-Tarife, ging an die Ausschüsse. Dann folgten Wahlen eines Mitgliedes des Reichsbank-Curatoriums und eines Mitgliedes der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds an Stelle des jetzigen baierischen Ministerial-Directors v. Landgraf. Mündliche Ausschußberichte wurden erstattet über die Abänderung der Formulare für die landwirthschaftliche Anbaustatistik, sowie über die Vorlage, betr. die Zulassung einer Abweichung vom Normalprofil des lichten Raumes der Ostbahn bei Königsberg in Preußen, endlich über Besetzung erledigter Stellen bei den Disciplinarkammern. — Der Minister des Innern, — nicht der stellvertretende, sondern der in Urlaub befindliche — Graf zu Eulenburg, ist noch immer nicht auf Reisen nach dem Süden gegangen, sondern ruhig in seiner Dienstwohnung verblieben, in welcher er heute ein — parlamentarisches Diner giebt, zu welchem u. A. die Präsidenten des Hauses der Abgeordneten und mehrere Mitglieder der rechten Seite desselben Einladungen erhalten haben. Man will daraus in parlamentarischen Kreisen entnehmen, daß sich der Gesundheitszustand des Ministers gebessert habe.

— Der Kaiser hat sich heute Nachmittag nach Letzlingen zur Jagd begeben und gedenkt am Sonnabend Abend hierher zurückzukehren.

— Der Entwurf der Reichscommission für die Stempelsteuer beantragt u. A. auch einen Stempel von 20 Mk. für die Approbationen der Aerzte, Thierärzte und Apotheker. Er will auch die Berechtigungs- und Befreiungsscheine zum und vom einjährigen Militärdienste einer Stempelabgabe unterwerfen, während jetzt (und in Preußen schon seit 63 Jahren) alle auf den Militärdienst bezüglichen Zeugnisse u. s. w. von jedem Stempel befreit sind.

Köln, 8. Novbr. Bei den heute Mittag beendeten Stadtrathswahlen der dritten Klasse wurden 3 Liberale und 1 Ultramontaner gewählt, zwischen 2 Ultramontanen ist eine Stichwahl nothwendig. Die Liberalen haben demnach gegenüber den letzten Wahlen der dritten Klasse an Terrain gewonnen.

Karlsruhe, 7. Nov. Anläßlich der Verheirathung des altkatholischen Pfarrers Hamp in Thiengen hat der Vorstand der Gemeinde festgestellt, daß Hamp als katholischer Priester vorerst nicht weiter in der Gemeinde fungiren wird. Die Gemeinde sieht aber in der Verheirathung noch keinen Entlassungsgrund vom Pfarramt selbst, vorerst muß die nächste altkatholische Synode über die Frage des Cölibats entscheiden, für dessen Abschaffung die altkatholische Gemeinde Thiengen eintritt.

Aus Hessen, 5. Nov. In der heutigen Zeit, in welcher die Kostspieligkeit der Erbauung normaler Eisenbahnen die Augen immer mehr auf Secundärbahnen lenkt, sofern Verkehrslinien zweiten Grades in Frage stehen, ist ein vor ganz Kurzem gefaßter Beschluß des Finanz-Ausschusses Zweiter Kammer von weiterreichendem Interesse. Schon seit Jahren wird bei Regierung und Ständen seitens des gewerbreichen Pfungstadt um Herstellung einer Zweigeisenbahn zwischen dem genannten Orte und der nächsten Station der Main-Neckar-Bahn, Eberstadt, petitionirt. Allein die Anlage- und Betriebskosten sind so beträchtlich, daß eine Rentabilität mindestens nicht sicher erscheint, was denn die Regierung nach langen Verhandlungen schließlich veranlaßt hat, sich neuerdings bestimmt gegen die Ausführung des Projects auf Kosten des Staates auszusprechen. Daraufhin hat aber nunmehr der Finanzausschuß einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, bei den mitbetheiligten Regierungen Preußen und Baden dahin zu wirken, daß die fragliche Bahnlinie von der Main-Neckar-Bahn als „Secundär"-Bahn gebaut und betrieben werde, oder auch die Linie als Secundärbahn auf hessische Kosten zu bauen, vorausgesetzt daß die Main-Neckar Bahn mindestens den Betrieb übernehme.

München, 8. Nov. Der König hat sich gestern zu längerem Aufenthalte nach Hohenschwangau begeben, ohne vorher — wie erwartet worden war — den neuen päpstlichen Nuntius Maselli empfangen zu haben. Gutem Vernehmen nach ist Staatsminister v. Pfretschner angewiesen worden, das Beglaubigungsschreiben Maselli's entgegenzunehmen.

Holland.

Haag, 7. November. Der „Staats Courant" veröffentlicht eine königliche Verordnung, durch welche Tak van Poortvliet zum Minister des neu gebildeten Departements für Handel, Industrie und Schifffahrt ernannt wird. (W. T.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. November. Die amtliche „Wien. Ztg." publicirt eine Verordnung des Cultusministers betreffend die Anerkennung der altkatholischen Religionsgesellschaft.

Pest, 8. Novbr. Das Abgeordnetenhaus hat die Gesetzvorlage über die österreich-ungarische Bank mit 210 gegen gegen 109 Stimmen als Basis der Specialberathung angenommen. (W. T.)

Schweiz.

Bern, 3. Nov. Die Bundesversammlung sollte ursprünglich bereits in diesem Monat einberufen werden, jetzt ist die Einberufung auf den Dezember vertagt. Ueber die Arbeiten der nächsten Session erfährt man, daß neben einer Reihe kleiner Geschäfte die Räthe nur das Budget pro 1878 und die Frage der Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts beschäftigen wird. Im Frühjahr soll eine neue Session stattfinden, die sich in erster Reihe mit der Tarif-Revision zu beschäftigen haben wird. Der Bundesrath scheint hiernach mit den Radikalen darin übereinzustimmen, daß die nächsten Aufgaben der gesetzgebenden Körperschaften lediglich in der Herstellung gesunder Finanzverhältnisse bestehen und daß weitere Reformversuche einstweilen unterlassen werden müßten. — Die Verwerfung der Militärsteuervorlage veranlaßt jetzt eine Reihe von Cantonen, die Militärbeiträge, zu denen sie verfassungsmäßig verpflichtet sind, zum Theil zu sistiren. Zürich hat damit den Anfang gemacht, Neuenburg, St. Gallen, Solothurn und Luzern wollen folgen. Artikel 42 der Bundesverfassung schreibt vor, daß die Militärausgaben des Bundes u. A. auch aus der Hälfte des Bruttoertrages der von den Cantonen bezogenen Militärpflichtersatzsteuer bestritten werden sollen. Nun herrscht in Betreff der Militärsteuer eine große Ungleichheit, in einem Cantone ist sie hoch, im andern gering und die Maßregel der Cantone, die nicht ganz frei von einem gewissen Rachegelüste ist, zielt darauf, eine größere Gleichheit in der Vertheilung der militärischen Lasten herbeizuführen. Da die Verfassung über den Bezug der Steuer ganz unzweideutige Bestimmungen trifft, so dürfte die Maßregel der Cantone durchaus fruchtlos bleiben.

Frankreich.

Paris, 6. Novbr. Hr. Paul de Cassagnac, der keineswegs vom Marschall Mac Mahon begnadigt worden, also auch nie im Elysée gewesen ist, um sich für diese Gunst zu bedanken (lauter leerer Klatsch, den sich das Wolff'sche Bureau als baare Münze aufbinden läßt und weiter verbreitet), gefällt sich im Gegentheil schon seit mehreren Tagen darin, den Marschall schonungslos anzugreifen. Heute macht er ihm zum Verbrechen, daß er den General Grant zu seiner Tafel ziehe, der doch im Kriege von 1870/71 seine Sympathien für die Preußen ganz offen zur Schau getragen hätte, um sich bei den deutschen Einwanderern der Vereinigten Staaten für seine Wahlzwecke ein Bild einzulegen. Das „Pays" bringt täglich zwei oder drei solche persönlichen Angriffe gegen den Präsidenten der Republik; wenn der Marschall, sagt es, ein Mann von Charakter ist, so trennt er sich nicht von seinem Ministerium Broglie-Fourtou und schickt dasselbe muthig vor die Kammern. Hierin, scheint es, wird Paul de Cassagnac sein Wille geschehen. — Pietri, der letzte Polizeipräfect des Kaiserreichs, welcher am 4. September 1870 noch vor der Kaiserin Eugenie das Hasenpanier ergriff, ist in den Generalrath von Corsica, dessen Vicepräsident er war, wiedergewählt worden.

— 8. Novbr. Heute Vormittag findet ein Ministerrath statt, in welchem darüber Beschluß gefaßt werden soll, ob sofort eine Botschaft einzubringen ist, oder ob eine Vertagung der Kammern auf 8 Tage eintreten soll. — In diplomatischen Kreisen verlautet, der Herzog Decazes habe geäußert, daß er sicher hoffe, in den ersten Tagen der nächsten Woche einen Nachfolger zu haben. — Glais Bizoin, welcher im Jahre 1870 Mitglied der Regierung der Nationalvertheidigung war, ist gestorben. — Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der Herzog Decazes nur unter der ausdrücklichen Bedingung darein gewilligt, gleich seinen Collegen seine Entlassung zurückzunehmen, daß sofort ein Nachfolger für ihn ernannt werde, wenn das Cabinet aus irgend welchem Grunde sich entschließen sollte, definitiv im Amte zu bleiben. — Die republikanischen Blätter berichten von einer militärischen Soirée, welche bei Gelegenheit des Eintreffens von 2 neuen Regimentern in Dijon stattgefunden hat und wobei der Commandant der 15. Division, General v. Gallifet, folgenden Toast ausgebracht haben soll: „Ich danke Ihnen, daß Sie mich zu diesem kameradschaftlichen Feste eingeladen haben. Ich trinke auf Ihre Gesundheit und schlage Ihnen

vor, auf die Armee Frankreichs zu trinken, auf die Armee, welche inmitten unserer inneren Zwistigkeiten ein absolutes Stillschweigen beobachtet, sich der Arbeit widmet und sich lediglich auf die Ausübung ihrer professionellen Pflichten beschränkt."

Italien.

Rom, 4. Novbr. Da einige Deputirte Siciliens die von den Gemäßigten und den Radicalen geschmiedeten Pläne zum Sturze des Ministers des Innern unterstützt haben, so lag es in dessen Interesse, Materialien zu seiner und seiner Beamten Vertheidigung zu sammeln, die wahrscheinlich zu interessanten Enthüllungen Veranlassung geben dürften. Auf den Wunsch Nicotera's hat der Sindaco von Rom, Comthur Venturi, sein Entlassungsgesuch wieder zurückgenommen. — Die italienische Flotte wird wahrscheinlich nicht nach dem Orient geschickt werden, sondern in einem sicilianischen Hafen überwintern. — Der ehemalige Großvezir des Sultans, Midhat Pascha, ist vorgestern in Rom angekommen. Er hat aber dem Minister des Aeußern noch keinen Besuch abgestattet und nur die alten Denkmäler der ewigen Stadt in Augenschein genommen. — Der Papst hat sich wieder einmal erholt, denn er ertheilt bereits Audienzen.

England.

London, 6. November. Die Stadt Glasgow hatte gestern den Führer der liberalen Partei im Unterhause, den Marquis von Hartington, zu Gaste und verlieh ihm die höchste Auszeichnung, welche sie überhaupt zu vergeben hat, das Ehrenbürgerrecht. Der Lord Provost bemerkte bei der Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes, daß gerade Glasgow mit dieser Auszeichnung recht sparsam umzugehen gewohnt sei. In letzter Zeit habe es nur zweimal den Bürgerbrief weggegeben, einmal an den um die Hebung des Arbeiterstandes so hoch verdienten Minister des Innern, Croß; das zweite Mal an den vormaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, General Grant. Diese Namen bürgten dafür, daß es im gegenwärtigen Falle wenigstens nicht allein politische Rücksichten seien, welche die Aufnahme Hartington's in den Bürgerverband veranlaßten. Trotzdem schrieb Lord Hartington mit der ihm eigenthümlichen Bescheidenheit die Auszeichnung auf Rechnung seiner Partei, weil diese dem Lande viele gute Dienste geleistet habe. Er erinnert daran, daß, obwohl er dem Lande lange Jahre hindurch im Unterhause und in verschiedenen Aemtern gedient habe und jetzt eine sehr wichtige Stellung bekleide, das Schicksal es ihm bisher noch nicht beschieden habe, sich an einem Gesetzgebungswerke zu betheiligen, welches seinen Namen in den Annalen des Landes verewigen würde. In längerer Darlegung hob Hartington dann die Vorzüge der Stadt Glasgow, den Fleiß und die Tüchtigkeit seiner Bewohner, den ausgedehnten Handel rühmend hervor und berührte dann kurz in wenigen durchaus objectiv gehaltenen Worten den, wie überall, so auch in Glasgow ausgebrochenen Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Die Besprechung politischer Fragen verschob Hartington auf morgen. — Archibald Forbes, der Kriegscorrespondent der „Daily News", hat von dem Kaiser von Rußland den Stanislausorden erhalten für die von ihm in der Schlacht bei Plewna am 30. Juli bewiesene Unerschrockenheit.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Nov. Das Folkething verwarf heute das provisorische Budget und nahm in einer Abendsitzung den Antrag auf vorläufige Bewilligung desselben an. Die Regierung that keinen Einspruch, ließ jedoch dahin gestellt, ob diese Form das Landsthing befriedigen könne, welches sich morgen darüber schlüssig machen wird. (W. T.)

Amerika.

Washington, 5. Nov. Während ein volles Drittheil der Mitglieder des Repräsentantenhauses abwesend war, um an den morgen stattfindenden Staatswahlen sich zu betheiligen, beantragte Mr. Bland, Demokrat von Missouri, gegen die Regeln der Geschäftsordnung Abstimmung über die Remonetisirung des Silbers, welche denn auch mit 163 gegen 34 Stimmen beschlossen wurde. Das Gesetz befugt zur Ausprägung von Silberdollars, welche legales Zahlungsmittel für alle öffentlichen und Privatschulden sein sollen, wo nicht das Gegentheil contractlich ausgemacht ist. In gleicher Weise gelang es dem Demokraten Mr. Ewing von Ohio, einen Beschluß dahin zu Stande zu bringen, die Bill auf Widerruf der Baarzahlungsaufnahme vor dem 13. November zur Berathung und Abstimmung zu verstellen, wo dann eine einfache Majorität die Bill durchbringen kann. Diese durch Ueberraschung des Hauses herbeigeführten Beschlüsse werden, wenn sie nicht wieder aufgehoben werden sollten, jedenfalls an dem Veto des Präsidenten scheitern.

Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

* Der Lemberger „Gazeta Narodowa" wird mitgetheilt, daß die türkische Regierung aus den zahlreichen in Schipka befindlichen russischen Deserteuren polnischer Nationalität eine aus zwei Bataillonen bestehende Polen-Legion formiren werde. Aus Konstantinopel werden demnächst Offiziere mit polnischen Fahnen dorthin abgehen.

Wien, 8. November. Die „Pol. Corresp." meldet aus Cattaro von heute, die Montenegriner hätten am 6. d. M. das Bombardement des Forts Serdan bei Spuz begonnen und zur Belagerung desselben 20 Geschütze von Podgoritza dahin gebracht. — Aus Belgrad von heute wird dem Blatte eine plötzliche Zunahme der zwischen der Pforte und Serbien bestehenden Spannung signalisirt. Es sei dies die Folge einer dem Belgrader Cabinete zugegangenen Verbalnote der Pforte, worin, unter Androhung energischer Maßnahmen, die Zurückziehung des serbischen Observationscorps verlangt werde.

Konstantinopel, 7. Novbr. Schakir Pascha hat sich von Baker Pascha getrennt und ist nach dem Schipkapaß gegangen. (W. T.)

Danzig, 9. November.

* Von den durch das Gesetz vom 26. Mai 1865 zum Bau der Danzig-Neufahrwasser Eisenbahn bewilligten Geldmitteln ist noch eine Restsumme, die durch den Bau nicht absorbirt worden, zur Verfügung der Regierung geblieben. Dieselbe soll jetzt für den Umbau des Hohethor Bahnhofes zur Verwendung kommen. Die Schwierigkeiten, welche sich diesem Umbau bisher entgegenstellten, können nach der seitens des Handelsministers dem Landtage zugegangenen amtlichen Mittheilung als beseitigt angesehen werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird also in Kürze mit dem Umbau begonnen werden.

Die Herstellung des zweiten Geleises auf der Ostbahnstrecke von Küstrin über Bromberg Dirschau nach Eydtkuhnen ist bis auf kleine Neben-arbeiten jetzt beendet. Es sind dafür bisher 19 541 390 Mk. verausgabt und 1 245 610 Mk. stehen noch zur Verfügung. Ferner sind von den durch das Gesetz vom 3. Mai 1872 bewilligten Geldmitteln noch 8 475 000 Mk. für den Bau eines zweiten Geleises auf der Strecke Schneidemühl-Conitz-Dirschau reservirt. Zur vollständigen Beendigung der Thorn-Insterburger Bahn sind ebenfalls nur noch einige ganz unerhebliche Neben-Arbeiten erforderlich. Von dem auf 47 250 000 Mk. veranschlagten Gesammtbaukapital wurden bis Ende September d. J. 46 372 945 Mk. verausgabt, so daß noch 877 055 Mk zur Verfügung stehen. Hiervon ist ein Betrag von 531 300 Mk. als definitiv erspart zu betrachten. Für den Bau der Eisenbahn Tilsit-Memel waren bewilligt 21 750 000 Mk. Ausgegeben sind bisher 19 410 918 Mk., so daß noch 2 339 082 Mk. zur Verfügung stehen. Ein erheblicher Theil dieser Summe wird erspart werden.

* Die bereits erwähnte Errichtung einer Wasch-Anstalt an unserem Platze ist nunmehr in voller Ausführung begriffen. Der Unternehmer Hr. Liedtke hat ein im Poggenpfuhl gelegenes geräumiges Grundstück auf 5 Jahre gepachtet und dort bereits die nöthigen Baulichkeiten hergerichtet, die betr. Maschinen aufgestellt. In der zweiten Hälfte d. Mts. soll die Anstalt ihre Wirksamkeit beginnen. Wenngleich der Wunsch nach Errichtung einer solchen Anstalt hier schon seit Jahren vielfach betont wurde, so hat nach den in Elbing gemachten Erfahrungen der Unternehmer doch die Vorsicht beobachtet, seine Anstalt zunächst auf einen Betrieb von nur mäßigem Umfange einzurichten, um sie erst je nach dem Anwachsen der Kundschaft allmälig zu erweitern.

* Aus dem Umstande, daß bei den gestern erwähnten Vorbereitungen der Berliner Speculanten für einen Antrag auf Auflösung der hiesigen Privatbank auch der Schaden, den dieses Institut bei dem Lauenburger Krach erlitten hat, mit als Vorwand benutzt wird, nimmt der „Börs.-Cour." Veranlassung, auf Grund einer ihm von hier aus zugegangenen und als zuverlässig bezeichneten Information die Entstehung jenes voraussichtlichen Verlustes näher zu beleuchten. Danach war das Lauenburger Institut mit 150 000 M. fundirt, zu denen ein fast ebenso großes Privatvermögen des persönlich haftenden Gesellschafters Schmalz hinzukam. Alles war bisher in bester Ordnung gewesen, bis plötzlich die Direction der hiesigen Privatbank die Wiederkehr größerer Posten Wechsel bemerkte und monirte. Es wurden zwar die eingehendsten Beruhigungen gegeben, bei der nächsten Wechsel-Protestation ging die hiesige Bankdirection jedoch an eine sehr spezielle Untersuchung des Lauenburger Instituts. Der „B.-C." schreibt hierüber Folgendes: „Herr Schottler fuhr wiederum nach Lauenburg, revidirte zuerst die Bücher und fand einen Posten von 42 000 M. als Ricambio gebucht; nähere Nachforschungen stellten heraus, daß dies ein bereits 1872 verlorener Posten sei, Wechsel eines gewissen Gottlieb Fürstenberg, über welche noch Proteste schweben sollten, die aber dessen ungeachtet für voll angenommen waren und trotz deren Vorhandensein 9 resp. 10 und 12 pCt. Dividende vertheilt worden waren. Nunmehr verlangte Herr Schottler das Wechsel-Portefeuille zu sehen und in diesem Augenblick zeigte sich ihm allerdings die wirkliche Lage zeigte sich, daß das kleine Lauenburger Institut bis zum letzten Stumpf verfault war. 118 000 M. Wechsel waren auf einen durch die Nordbahn ruinirten Holzhändler J. Berliner, ca. 115 000 M. Sola-Wechsel von H. Stein, 15 000 M. auf einen Verstorbenen und dergleichen Non-Valeurs mehr vorhanden. Trotzdem hatte Herr Schmalz bis zum letzten Augenblick verzinsliche Gelder angenommen, wovon er ca. 550 000 M. hatte. Aus der Bilanz Steins, auf deren Vorlegung Herr Schottler bestand, ergab sich ein angeblicher Ueberschuß von 40 000 M. Doch genügte eine genaue Prüfung der Bilanz, um zu übersehen, daß in der ganzen Vermögensmasse des Genannten kaum 20 pCt. seien. Herr Schottler reiste zurück und beantragte sofort die Concurseröffnung über beide Firmen Dabei stellte sich denn heraus, daß Stein sich von den Besitzern, mit denen er arbeitete, nicht blos Accepte über Beträge, welche sie ihm schuldeten, hatte geben lassen, sondern auch ungezählte Blanco-Accepte, um, wie er sagte, etwaige Prolongationen sofort vornehmen zu können. In Wahrheit aber füllte er die Blanco-Accepte aus und begab sie. So schuldete ihm der eine 20 000 M., im Umlaufe aber befanden sich von ihm 150 000 M., ein anderer 40 000 M. und im Umlaufe befanden sich 270 000 M. und so fort. Die Besitzer werden für ihren bodenlosen Leichtsinn hart gestraft. So gut sie für kleine Summen sind, so wenig können sie größere bezahlen, die jetzt von allen Ecken zusammenkommen. All' das konnte man selbstverständlich in Danzig nicht wissen. Denn für die bei der Danziger Privatbank discontirten Wechsel waren die Betreffenden in der That gut."

* Die gestrige Sitzung des Gewerbe-Vereins war nur von kurzer Dauer. Nach Feststellung der Protokolle der letzten Sitzungen besprach Hr. Realschullehrer Behunneck in einem Vortrage die heutigen wissenschaftlichen Ansichten über die Natur des Stoffes. Der Fragekasten war an diesem Abend gänzlich ohne Inhalt und auch auf anderweite Besprechungen wurde, da hierzu geeignete Mittheilungen nicht vorlagen, verzichtet.

* Die Ziehung der zweiten Klasse der 157. preuß. Lottorie wird am 11. Dezember ihren Anfang nehmen.

— Die Berechtigung einer Actiengesellschaft zur Entlassung ihres Directors ist nach einem neueren Erkenntniß des Reichs-Oberhandelsgerichts nicht nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, sondern den landesgesetzlichen Normen zu beurtheilen. Der Director einer Actien-Gesellschaft im Geltungsbereiche des Allg. Landrechts kann daher wegen vertragswidrigen Verhaltens von der Gesellschaft unter Vergütung für die von ihm schon geleisteten Dienste zu jeder Zeit entlassen werden.

* Ueber den Militär-Invaliden Zilius, über dessen Selbstmordversuch im Palais des Kaisers wir gestern berichteten, wird heute aus Berlin geschrieben, daß nach dem Ergebniß der angestellten Recherchen Zilius ein häufiger Besucher des kaiserl. Palais war. Er erscheint seit etwa 6 Jahren alljährlich mehrere Male daselbst und giebt ein Bittgesuch ab und regelmäßig wird er dann frei nach seiner Heimat zurückbefördert. Der Z. hat auch schon einmal sein Bittgesuch durch einen Selbstmordversuch zu unterstützen versucht. Er hat nämlich im Jahre 1873 den Versuch gemacht, sich an einer Marmorsäule in dem Vestibul des Palais in demselben Momente, wie am Mittwoch, mit einem bereits um den Hals geschlungenen Strick aufzuhängen. Seine diesmalige Verwundung soll ohne jede Gefahr sein. Allerdings sind 9 Schrotkörner ihm in die rechte Brust gedrungen, doch haben dieselben keine edleren Theile verletzt.

** [Polizeibericht vom 9. November.] Verhaftet: der Arbeiter D., der Maurerhandlanger L., der Laufbursche P. wegen Diebstahls; die unverehelichte L. wegen Hehlerei; der Arbeiter B. wegen Erregung ruhestörenden Lärms; 12 Obdachlose, 1 Betrunkener, 1 Dirne, 1 Person wegen nächtlicher Ruhestörung, 2 Personen wegen Schlägerei. — Gestohlen: dem Gesellen H. eine silberne Cylinderuhr mit Goldrand und der Nummer 65 290; dem Schiffszimmergesellen D. ein schwarzer Rock; dem Trödler Z. eine silberne Cylinderuhr. — Der Schmiedgeselle B hat die Bestrafung der Wittwe B. wegen Hausfriedenbruchs und der Restaurateur K. die des Arbeiters B. wegen Sachbeschädigung und Diebstahls; der Schutzmann K. die des Schornsteinfegers G. wegen Widersetzlichkeit beantragt. — Gefunden: eine silberne Cylinderuhr auf der Johannisgasse; eine Handtasche auf Mattenbuden; ein Portemonnaie mit Geld im Laden Langgasse 50; ein Rest Futter und ½ Elle schwarzseidenes Zeug. Die unbekannten Eigenthümer wollen sich im Polizeigeschäftshause, Langgasse Nr. 25, Mittelgebäude 2 Tr., melden. — Verloren: eine rothe Korallenkette mit goldenem Schloß.

Milchrevision vom 6. bis 8. Nov. Herr Kunkel-Müggau, G. 1033,6; Burtschat, Burggrafenstraße 10, G. 1033,6; Köhler, hinterm Lazareth 10, G. 1031,4; Schirmer, Sandweg 6, G. 1032,8; Kamm-Hochstrieß; G. 1034,0, Geschmack und Beschaffenheit normal; Danziger Molkerei, Heiligegeistgasse 1:9, G. 1029,4 Geschmack gut, Beschaffenheit etwas hell.

ʒ Elbing, 8. Novbr. Die Finanzlage der Stadt und die Vorbereitungen für den nächstjährigen Stadthaushalt machen den leitenden Kräften unserer städtischen Behörden schon jetzt nicht geringe Sorgen. Wir gehen voraussichtlich mit einem nicht unbedeutenden Deficit in das nächste Rechnungsjahr. Dies resultirt nicht allein daher, daß die Stadtverordneten die vom Magistrat geforderte und motivirte höhere Steuersumme auf einen Zuschlag von 300 pCt. zur Staatssteuer herabsetzen zu müssen geglaubt haben, um die communalen Steuerzahler nicht bis zur Unerträglichkeit zu belasten, sondern hat auch den anderen Grund, daß in diesen Zeiten die beiden untersten Stufen der Klassensteuer großentheils uneinziehbar sind. Angesichts dieser leider nicht wegzuleugnenden Thatsache stehen wir vor einem chronischen Deficit, das naturgemäß desto höher steigen muß je höher die ausgeworfene Steuersumme auch diese unteren Stenerklassen faßt. Wenn wir also vielleicht für das nächste Jahr 400-450 pCt. Communalsteuer auszuschreiben genöthigt sein werden, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch die Steuerausfälle sich diesem Mehr entsprechend steigern werden. Wenn nicht anderweitig Abhilfe geschafft wird. Das stellt sich nun immer unabweislicher heraus. Zunächst wird man einen viel höheren Durchschnitt an Ausfällen voraussehen müssen. Dann aber verschafft die Ueberzeugung sich mehr und mehr Geltung, daß durch directe Steuern allein eine Deckung des Etats nachgerade fast unmöglich wird, wenn die Steuerkraft der Commune nicht gänzlich versiegen soll. Es war zunächst an eine Biersteuer gedacht worden, die mit 1⅕ ₰ auf das Liter ungefähr 100 000 M. einbringen würde. Dem steht aber eine ältere Regierungsverordnung (ich glaube aus dem Jahre 1854) entgegen, nach welcher das Maximalerträgniß einer solchen Steuer nur 21 000 M. eintragen könnte. Die Bemühungen seitens der Commune, von dieser Beschränkung entbunden zu werden, haben keinen Erfolg gehabt, weil jene die Biersteuer auf ein bestimmtes Maximum einschränkende Verordnung auf einer Zollvereins-Bestimmung basiren soll. Für eine Steuersumme von 21 000 M. würde es aber kaum lohnen, den immerhin complicirten Erhebungs-Apparat zu organisiren. Deshalb wird voraussichtlich von einer communalen Biersteuer Abstand genommen werden. Man erwägt nun die Zweckmäßigkeit eines Zuschlags zur staatlichen Gebäudesteuer und einer damit verbundenen Miethssteuer für städtische Zwecke. Danzig hat in dieser Beziehung Erfahrungen gesammelt, hat seinen Steuerzuschlag deshalb nicht über 260 pCt. anwachsen lassen; es ist wahrscheinlich, daß Elbing dem von Ihrer Commune gegebenen Beispiele der indirecten Besteuerung folgt. — Unser Theater wird morgen vorläufig und, wie es heißt, bis Weihnachten geschlossen. Herr Buggert geht nach Bromberg, um dort einige Wochen zu spielen und dann hierher zurückzukehren. Er hat hier recht gute Geschäfte gemacht, das leichtere Lustspiel (Benedix, Moser) findet in dem Personal ganz geeignete Darstellungskräfte, weniger genügt dasselbe für gesangliche Aufgaben, wie Offenbach, Strauß Lecoqu sie stellt. Das classische Repertoire findet hier ebenfalls an Sonnabenden und zu billigen Preisen statt und macht volle Häuser. Im Allgemeinen haben die männlichen Mitglieder des Personals sich mehr beim Publikum in Gunst gesetzt als die Damen. Der alte Reinhardt, früher lange Jahre in Königsberg engagirt, spielt gemüthliche Papas trotz schwindender Kraft noch immer recht gut, in Hrn. Worms besitzt die Gesellschaft einen tüchtigen Darsteller komischer Gesangsrollen, Hr. Naumann, wohl der beste Schauspieler der Truppe, giebt Liebhaber und Bonvivants, für Chargen und Gecken ist Hr. Thimm beliebt. Seit dieser Woche gastirt Lina Mayer, die ehemalige Größe der Friedrich-Wilhelm-Stadt mit wechselndem Erfolg. Für die kleine Händschuhmacherin hält unser Publikum die Künstlerin zu entwickelt, als Galathee hat sie mehr angesprochen.

Є Aus dem Kreise Stuhm, 8. Novbr. Die königl. Regierung hat den Magistrat zu Stuhm veranlaßt, ein neues Communalsteuer-Regulativ mit der Stadtverordneten-Versammlung zu vereinbaren und zur Bestätigung vorzulegen. Die Erhebung der Communalsteuer nach dem bestehenden Regulativ vom 1. Nov. 1873 soll vom 1. April 1876 ab nicht mehr erfolgen. — Der Kreisgerichts-Secretär Laudon ist auf seinen Wunsch von der Kreisgerichts-Deputation in Stuhm an das Kreisgericht in Marienburg versetzt worden. Herr Laudon ist der Verfasser des recht beifällig beurtheilten Festliedes: „Gruß Westpreußens an den deutschen Kronprinzen bei der Enthüllung des Standbildes Friedrich des Großen in Marienburg am 9. Oct 1877." Man sieht Herrn L., einen für das Gemeinwohl rührig wirkenden Mann, aus unserm Kreise sehr ungern scheiden.

* Rosenberg, 7. November. Im Sommer d. J. war der Gutsbesitzer v. Besser auf Brausen in einen heftigen Federkampf mit der Regierung zu Marienwerder gerathen, welcher daraus entsprang, daß Hr. v. B. sich der Einführung des Unterrichts in weiblichen Handarbeiten bei der auf seinem Gut befindlichen Schule mit großer Zähigkeit widersetzte. Mehre Publicationen des Hrn. v. B. in der Niendorfschen „Landesztg." und andern Blättern, sowie ein Beschwerdeschreiben desselben hatte der Staatsanwalt incriminirt. Das Gericht zu Rosenberg fand darin ebenfalls eine dreifache Beleidigung der Regierung zu Marienwerder und verurtheilte deshalb in seiner letzten Sitzung Hrn. v. Besser zu einer Geldstrafe von 1000 M., sprach auch der Regierung zu Marienwerder das Recht der Urtheilspublication zu.

§ Flatow, 8. Nov. Gestern und heute tagten hier die Mitglieder der vereinigten Synoden der Kreise Dt. Crone und Flatow, um in erster Linie die Wahl zur Provinzial-Synode zu treffen, dann aber über die ihnen von der kirchlichen Oberbehörde vorgelegten Gegenstände, als: „die Sonntags-Heiligung" und „die Heiligkeit des Eides" zu berathen. Als Deputirte zur Provinzial-Synode wurden gewählt: Superintendent Klapp-Vandsburg, Gutsbesitzer Schneider-Schrotz und Pfarrer Dr. Pfeiffer-Schloppe. Als Vertreter gingen aus der Wahl hervor: Pfarrer Weise-Dt. Crone, Ober-Amtmann Pietsch-Pottlitz und Gutsbesitzer Preibisch-Kramske. Dem religiösen Standpunkte nach gehören die beiden geistlichen Herren zur sogenannten Mittelpartei, während das Laien-Mitglied der liberalen Richtung angehört; ähnlich ist das Verhältniß der Vertreter.

* Nach den dem Abgeordnetenhause über den Fortgang der Staatseisenbahnbauten gemachten Mittheilungen wird die Bahnstrecke Graudenz-Jablonowo voraussichtlich im Anfang des Jahres 1879, die Strecke Laskowitz-Graudenz Ende 1879 dem Verkehr übergeben werden können. Einer früheren Fertigstellung insbesondere der erstgenannten Strecke, stehen die Schwierigkeiten entgegen, welche mit dem Erwerb des erforderlichen Terrains verknüpft sind. Von dem auf 16 800 000 M. veranschlagten Baukapital sind in der Zeit vom 1. Januar bis 1. October dieses Jahres 2 035 095 M. zur Verausgabung gelangt, während die Gesammtausgaben vom Beginn des Baues an bis zum 1. October 1877 3 319 320 M. betragen, so daß am 1. October dieses Jahres ein Bestand von 13 480 679 M. verbleibt.

Neidenburg, 7. Nov. Die durch den Tod des Herrn v. Portatius erledigte Landrathsstelle unseres Kreises ist bis jetzt noch unbesetzt. Regierungs-Assessor Oberg, welcher für dieses Amt in Aussicht genommen war, und dessen Antritt man bereits im Laufe d. M. erwartete, hat es vorgezogen, einem Rufe als Landrath in Marggrabowo (Oletzko) zu folgen. Die beiden nächststehenden Wahlcandidaten für den diesseitigen Kreis sind Staatsanwaltsgehilfe Sperber und Gutsbesitzer Schulz-Kownatken. Herr Sp. soll jedoch von der Candidatur zurückgetreten sein.

Bromberg, 8. Novbr. Wie kürzlich mitgetheilt wurde, ist der Cultusminister Dr. Falk eingeladen worden, bei der bevorstehenden Einweihung des neuen Gymnasialgebäudes gegenwärtig zu sein. Seitens des Provinzial-Schulcollegiums in Posen ist gestern an den hiesigen Magistrat in dieser Angelegenheit ein Schreiben gelangt, nach welchem der Minister bedauert, der Landtags-Session wegen jetzt nicht nach Bromberg kommen zu können; wenn sich jedoch die Einweihung verschieben lasse, würde er für später der Einladung Folge leisten. Mitte nächsten Monats soll des weiteren über den Einweihungstermin berichtet werden. (Br. Z.)

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 8. November. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine fest. — Roggen loco behauptet, auf Termine fest. — Weizen pr Nov.-Dezember 216 Br., 215 Gd., pr April-Mai pr 1000 Kilo 211 Br., 210 Gd. — Roggen pr Nov.-Dez. 145 Br., 144 Gd., pr April-Mai pr 1000 Kilo 149 Br., 148 Gd. — Hafer flau. — Gerste ruhig. — Rüböl ruhig, loco 76, pr Mai pr 200 ℔ 73½. — Spiritus still, pr Nov. 41¼, pr Dezbr.-Jan. 40¾, pr April-Mai 40¾, pr Mai-Juni pr 1000 Liter 100 pCt. 41. — Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 12,00 Br., 11,75 Gd., pr Novbr. 11,75 Gd., pr Dezbr. 12,20 Br. — Wetter: Regnerisch.

Bremen, 8. Novbr. (Schlußbericht.) Petroleum ruhig. Standard white loco 11,95 bez., pr Dezember 12,15, pr Jan. 12,30, pr Febr. —.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 9. November.

Weizen loco unverändert, pr Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	130-134℔	240-260 M Br.	168-237½ M bez.
hochbunt . . .	128-131℔	230-245 M Br.	
hellbunt . .	127-130℔	225-240 M Br.	
bunt . . .	125-128℔	215-225 M Br.	
roth . .	120-134℔	200 225 M Br.	
ordinair .	105-130℔	170-200 M Br.	
russisch roth . .	123-130℔	— M Br.	
russisch ordinair	115-125℔	— M Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 214 M.

Auf Lieferung 126℔. bunt pr Novbr. 214 M. Gd., pr April-Mai 213 M Gd., 215 M Br., pr Mai-Juni 214 M Gd., 215 Br.

Roggen loco etwas fester, pr Tonne von 2000 ℔

Inländischer und unterpolnischer 136—139 M.

Regulirungspreis 120℔ lieferbar 136 M.

Auf Lieferung pr April-Mai 130 M Gd., do. unterpolnischer 142 M Br., 140 M Gd.

Gerste loco pr Tonne von 2000℔ große 106—118℔ 165—179 M., kleine 104/5℔ 139—150 M., Futter-125 - 127 M.

Erbsen loco pr Tonne von 2000 ℔ weiße Mittel-150 M.

Spiritus loco pr 10,000 pCt. Liter 47 M bez.

Wechsel- und Fondscourse London, 8 Tage 20,455 Gd. Paris 8 Tage 81,30 gemacht. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 103,80 Gd. 3½ pCt. Preußische Staats-Schuldscheine 92,95 Gd. 3½ pCt. Westpreußische Pfandbriefe, ritterschaftlich 82,90 Gd., 4 pCt. do. do. 93,70 Gd., 4½ pCt. do. do. 105,15 Br. 5 pCt. Stettiner National-Hypotheken Pfandbriefe 98,00 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 9. Novbr. 1877.

Getreide-Börse. Wetter: schön und warm. Wind: SW.

Weizen loco ist am heutigen Markte in den feineren und guten gesunden Gattungen in besserer Frage gewesen und wurden dafür volle gestrige Preise bewilligt. Andere Sorten, besonders ausgewachsener Weizen blieb dagegen in flauer und lustloser Stimmung mit schwerfälligem Verkauf. Bezahlt wurde für blauspitzig 124℔ 172 M., bezogen 120℔ 185 M., bunt und hellfarbig mit Auswuchs 119—126℔ 185, 190, 195, 200 M., bunt 125, 126, 131℔ 202, 205 M., hellfarbig und hellbunt 127℔—130℔ 219—230 M., hochbunt und glasig 129/30—133℔ 232 bis 240 M. pr Tonne. Russischer Weizen ist heute ziemlich unverändert gewesen, und brachte in abfallender Waare 114—121℔ 168—180 M., 122℔ feucht und besetzt 181 M., Sendomirca 133/4℔ 235 M. pr Tonne. Termine blieben ohne Umsatz. November 214 M. Gd., April-Mai 215 M. Br., 213 M. Gd., Mai-Juni 215 M. Br., 214 M. Gd. Regulirungspreis 214 M.

Roggen loco eher etwas fester in guter Waare, inländischer und unterpolnischer abfallend 120℔ 130 M., guter 120℔ 137 M., 121, 122℔ 138, 139 M., 123℔ 140 M., 128/9℔ 146½ M. pr Tonne. Termine April-Mai 130 M. Gd., unterpolnischer 142 M. Br., 140 M. Gd. Regulirungspreis 136 M. — Gerste loco große 106 bis 118℔ 165 bis 179 M., kleine 104/5℔ 139 M., gute 107℔ 150 M., Futter- und russische 126, 127, 128 M. pr Tonne bezahlt. — Senf loco ist mit 29 M. pr 200 ℔ verkauft. — Erbsen loco Mittel- brachten 150 M. pr Tonne. — Spiritus loco wurde zu 47 M. pr 10 000 Liter pCt. gehandelt.

Meteorologische Beobachtungen.

Novbr.	Stunde	Barometer-Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
8	4	336,49	+ 9,6	SW., mäßig, hell u. klar.
9	8	337,48	+ 7,7	W., flau, neblig.
	12	337,86	+ 9,6	W., leicht, bewölkt.

Der diesjährige Ausverkauf enthält:

Schwarze und couleurte Seidenstoffe,
reinwollene Cachemires und Cachemires des Indes,
reinwollene Velours, Neiges und Plaids,
helle elegante Stoffe für Gesellschaftsroben,
halbwollene Kleiderstoffe

in großen Sortimenten zu bedeutend ermäßigten Preisen.

8945]

H. M. Herrmann.

Heute früh entschlief nach schwerem Leiden unser liebes kleines Gretchen.
Tiegenhof, d. 8. Novbr. 1877.
Hermann Claassen u. Frau.
8934)

Heute früh 3¼ Uhr Morgens entschlief sanft nach längerem schweren Leiden unser innigst geliebter Gatte und Vater, der Rentier

Julius Pasternack

im Alter von 62 Jahren.
Christburg, den 8. November 1877.
Die tiefgebeugte Wittwe und deren 2 Söhne.
8936)

Heute Nachmittag 12½ Uhr endete ein sanfter Tod die schweren Leiden unseres theuren Gatten und Vaters, Sohnes und Bruders, des Gutsbesitzers **O. Zeden** im 52. Lebensjahre.
Ackerhof, den 8. Novbr. 1877.
Die Hinterbliebenen.

Am 23. September Morgens 2 Uhr entschlief sanft und ruhig meine liebe Frau **Emilie** geb. **Allert** im Alter von 32½ Jahren.
Allen lieben Freunden in der Heimath diese traurige Nachricht statt jeder besonderen Meldung.
Um stille Theilnahme bittet
Amoy (China), d. 26. Septbr. 1877.
8926) **Max Rost.**

Große Auction
Fischmarkt Nr. 10.

Morgen Sonnabend, den 10. November um **11 Uhr** werde ich im Auftrage wegen schleuniger Abreise 5 mah. massiv gekehlte Kleiderspinde, 1 mah. Tisch, 1 Speisetafel, 6 massiv mah. Stühle, 2 mah. Kommoden, 3 mah. 2thürige Verticos, 2 mah. Sophas, gegen Baarzahlung versteigern, wozu einlade. (8939

A. Collet, Auctionator.

An Ordre

angekommen von Hamburg per Schiff **„Erndte"** Capt. **Brütt**

△ 1/30 **30 Ballen Reis**

abgeladen von Herren **Schumacher, Deppe & Co.** Inhaber des girirten Connoissements wolle sich schleunigst melden bei
8941) **F. G. Reinhold.**



Dampfer **„Neptun"**, Cap. **Otto Liedtke**, ladet Sonnabend, den 10. Novembr. cr. **Güter nach den Weichselstädten bis Culm.**
Anmeldungen nimmt entgegen
A. R. Piltz,
8922) **Schäferei No. 12.**

Euler's Leihbibliothek

Heiligegeistgasse No. 124, empfiehlt sich zu gefälligen Abonnements. [8940

Fette Puten, Fasanen, Rehe, Rehzimmer, Rehkeulen, Hasen, ff. Helgoländer Hummer, Räucherlachs,
sämmtliche Conserven in größter Auswahl, empfiehlt
8965) **C. M. Martin.**

Habe heute wieder eine Partie fette Enten 8½—9 ℔. per Paar schwer erhalten und empfehle dieselben billigst.

Almeria-Weintrauben

empfiehlt
Julius Tetzlaff.

Fette Enten,
Gr. Pomm. Gänsebrüste
und Sülz-Keulen,
Frische Kieler Sprotten,

empfing und empfiehlt 8947
Magnus Bradtke.

Große süße
Apfelsinen

empfiehlt
A. Fast, Langenmarkt No. 33|34.

Das Sarg-Magazin

von
H. Kanthack vorm. **Polzien,**
III. Damm 11,
empfiehlt bei vorkommenden Fällen garnirte und ungarnirte eichene, eschene, fichtene und Metall-Särge zu den billigsten Preisen. (8967

Neue französ. Wallnüsse

in sehr schöner Qualität, im Laufe dieses Monats zu liefern, offerirt billigst (8796

Carl Treitschke, Danzig.

Billig und gut. — Feste Preise.

SIEGMUND HIRSCHFELD DANZIG.

Waaren-Marke.

Der neu eröffnete

Bazar für Damenmoden

von

Siegmund Hirschfeld,

Langgasse No. 49, nahe dem Rathhause,

erlaubt sich die geehrten Damen auf sein großartiges Lager modernster Filz- und Sammethüte ganz ergebenst aufmerksam zu machen.

Die Firma verkauft, wie bisher, bei **aufmerksamster und reellster Bedienung** und mit dem **geringsten** Nutzen zu **unbedingt festen, auffallend billigsten Preisen,** und ist fortwährend bestrebt, den Interessen des Publikums durch strenges Festhalten an seinem Principe:

Billig und gut

Rechnung zu tragen.

Besonders empfehlenswerth:

Sehr schön garnirte Filzhüte	von 4,00	Mark an.
Sehr schön garnirte Sammethüte	„ 4,50	„ „
Pelzbaretts in den schönsten Ausführungen	„ 4,00	„ „
Sammethüte von ächtem Sammet	12,00	„ „

Fortwährend großartige Auswahl in **Cravatten, Shlipsen, Kragen und Manschetten, Regenschirmen** für Damen, Blumen, Federn, **Feder- und Pelz-Vorstützen** 2c. zu den **allerbilligsten, unbedingt festen Preisen.**

Siegmund Hirschfeld,
8938) **Langgasse No. 49, nahe dem Rathhause.**

Damenhüte werden in kürzester Zeit modernisirt und wie **neu** hergerichtet. Preisberechnung allerbilligst.

Herbst- & Wintermäntel
für Damen,
Damen-Costumes,
Damen-Schlafröcke,
Damen-Regenmäntel

in den neuesten Façons und Stoffen, in einfacher und eleganter Ausführung, bei größter Auswahl und wirklich billigsten, ganz festen Preisen, empfiehlt

Mathilde Tauch,

28. Langgasse 28. (8727

Elegante Regenschirme

von schwerer Seide und Wolle kann ich zu Folge Gelegenheits-Einkäufen zu sehr billigen Preisen abgeben.

Julius Konicki,

Gr. Wollwebergasse No. 14.

Unterkleider

in Seide, Wolle, Halbwolle und Baumwolle, für Herren, Damen und Kinder empfehle in guter Qualität zu billigen Preisen.

Julius Konicki.

Auction mit havarirtem Weizen.

Sonnabend, den 10. November 1877, Nachmittags 3 Uhr, Auction mit
circa 2 Tonnen Weizen
etwas von Seewasser beschädigt, im Bording „Troyl", am Königl. Zollamte in Neufahrwasser liegend.
8973] **Collas.**

Otto Kraftmeier,

59. Langgasse 59.

Magazin für Wäscheausstattungen,

reiche Auswahl deutscher u. engl. Tricotagen,
empfiehlt sein sortirtes Lager zu **neuesten, billigeren** Preisen in nur **bewährten reellen Qualitäten.**
Specialität: Oberhemden nach neuestem System. (8491

Bureau in Dirschau.

Zur Bearbeitung von **juristischen** und **Verwaltungs-Angelegenheiten,** insbesondere zur Anfertigung von **Prozeßschriften, Beschwerden, Gesuchen** 2c., habe ich zu **Dirschau** in dem Hause des Herrn Getreidehändlers **Neumann,** Kl. Mauerstraße, ein Bureau errichtet u. werde alle schriftlich oder mündlich an mich gelangenden Aufträge prompt und bestens erledigen. Sprechstunde: Vorm. 8—11, Nachm. 3—5 Uhr. (8869
Gerichts-Assessor a. D.
Reissner.

Einrichtung, Führung und Abschluß von Handlungsbüchern übernimmt in den Vormittagsstunden H. Hertell, Pfefferstadt 51, part. (8969

Rosen-Glycerin-Seife,

welche an Milde alle andern Seifen übertrifft, empfehle zu Fabrikpreisen. **Thorner Talg, berliner Scheuerseife,** sowie sämmtliche Artikel zur Wäsche billigst. (8924
Reich's Bazar, Gr. Wollwebergasse 3.

Gutes Dichtwerg

offerirt billigst **S. A. Hoch,**
6087) Johannisgasse 29.

Säcke, Pläne und Decken.

Säcke in Drillich, Tarpawling, Twillköper und in Hessians, 2—3 Scheffel Inhalt von 40 ₰ bis 2 ℳ., in blaugestreift u. in glatt.
Jede Signatur gratis.

Pläne in allen Dimensionen, Reit-, Tret-, Wagen- und Staken-pläne mit Schnüren, auch wasserdichte Pläne eigener Fabrik, sowie billige wasserdichte Anzüge in schwarz u. gelb.

Pferde-Decken in Halbwolle und reiner Wolle, von 1 ℳ. 75 ₰ ab, in Größen 120/130, 145/170, 160/200, in allen Farben, glatt, mit Rand und bunt, auch Schlaf- und Reisedecken, ruff. 3 ℳ. 50 ₰. unter Zusicherung billiger, reeller Bedienung empfiehlt

die Säcke- & Pläne-Fabrik von
Otto Retzlaff,
Fischmarkt 16 u. 17. (5902

Ein jung. geb. Mädchen

aus anständiger Familie, in allen weiblichen Arbeiten, sowie im Schneidern u. Putz erfahren, musikalisch, sucht per 1. December oder 1. Januar Stellung als Stütze der Hausfrau. Offerten erbitte durch die Nax'sche Buchhandlung **Marienwerder.**

Die von der Danziger Actien-Bier-Brauerei seit 5 Jahren bewohnten Parterre-Räumlichkeiten, bestehend aus 4 Zimmern und großen Kellereien, Mitbenutzung des Hofes, sind vom 1. April anderweitig zu vermiethen. Näheres in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr Jopengasse 4 bei **Albert Czerwinski,** Saal-Etage. (8949

Auf der Altstadt ist eine ungenirte möbl. Stube an einen Herrn zu vermiethen. Adr. i. d. Exp. d. Ztg. u. 8951 erb.

Schiller-Stiftung.

Zu der am **Sonnabend, den 10. November cr.,** Abends 6 Uhr im Gewerbehause stattfindenden **General-Versammlung** werden die Mitglieder der hiesigen Zweig-Stiftung ergebenst eingeladen.
Tagesordnung: Jahres-Bericht. — Finanzbericht. — Decharge. — Wahl des Vorstandes. (8860
Der Vorstand der Danziger Schiller-Zweig-Stiftung.

Eine anständ. Kellnerin,

mögl. v. außerhalb w. ges. Näh. Jopeng. 63.

Gambrinus-Halle.

Morgen **Sonnabend,** den 10. October, von 8 Uhr Abends ab:

Martinsgans.

8843) **H. Reissmann.**

Café Rhein,

Paradiesgasse. [8930

Restaurant Jordan,

Jopengasse Nr. 16, parterre.
Vorzüglich. Patzenhofer, Actien-Bier
vom Faß,
empfiehlt und ladet ein. (8906

Am Todtenfeste, Sonntag den 25. November, Abends 7½ Uhr, gelangt in der **St. Marien-Kirche** die

„Todtenfeier",

Trauer-Cantate, zum Gedächtniß der Verstorbenen, für Soli, Chöre und Orchester von

Georg Simon Löhlein (1770),

unter der Leitung des Organisten Herrn **Gustav Jankewitz,** zur Aufführung.
Die **Soli** haben gütigst Sopran: Frau **Küster,** Tenor u. Baß: die Opernsänger Herren **Mayr** und **Bachmann** übernommen.
Chor, der verstärkte **St. Marien á capella Kirchenchor.**
Orchester, die Kapelle des hiesigen Stadttheaters.
Der St. Marien á capella Kirchenchor.
Morgen Sonnabend, den 10. d. Mts., Abds. 8 Uhr letzte specielle Chorprobe. (8944

Stadt-Theater.

Sonnabend, d. 10. November. (Abonn. susp. Zur Schillerfeier (**Zu halben Preisen**) **Die Braut von Messina.** Trauerspiel in 4 Acten von Fr. v. Schiller.
Sonntag, den 11. November. (3. Ab. No. 5) **Die weiße Dame.** Komische Oper in 3 Acten v. Scribe. Musik v. Boieldieu.

Ein schwarzer Newfoundländerhund nicht groß, ist am 7. d. M. Nachmittags bei Legan abhanden gekommen. Vor dem Ankauf wird gewarnt. Dem Wiederbringer eine Belohn. Langebrücke 20 b. Johannisth.

Fröbel-Lehrerinnen-Seminar-Lotterie
Ziehung Mitte December cr. in Berlin
Loose à 3 ℳ. bei
8950) **Th. Bertling, Gerberg. 2.**

Russische Sardinen

in Fäßchen zu billigstem Preise,
Kieler Sprotten
empfiehlt
Albert Meck, Heiligegeistgasse 29.

Gemahlene Raffinade und Raffinade

in **Broden** empfehle sehr preiswerth.
Albert Meck, Heiligegeistgasse 29.

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 10646 der Danziger Zeitung.

Danzig, 9. November 1877.

Vermischtes.

Stettin, 7. Nov. Seit einigen Tagen sind hier an der Trichinose ca. 40 Personen erkrankt. Sie sollen trichinose Wurst, welche von einem dortigen Fleischer gekauft worden, vor 14 Tagen gegessen haben.

Berlin. Bei dem hiesigen Stadtgericht schwebte schon seit acht Monaten ein Bagatellprozeß wegen 25 Pfennige, der erst jetzt mittelst Erkenntniß zum Austrag gekommen, damit aber wahrscheinlich noch nicht abgeschlossen sein dürfte. Zwei Gerichtsrefendare fuhren vergangenen Winter mit der Pferdebahn und erlegten pro Person 25 ₰, wofür jedem von dem Conducteur eine Marke eingehändigt ward. Einem dieser Herren entglitt aus Versehen die Fahrmarke, welche durch das Fenster davonflog. Der Conducteur, dem der Vorfall unter Berufung auf die anwesenden Zeugen erzählt wurde, berief sich auf seine Instructionen, und der später hinzugekommene Controleur forderte nun auch entschieden, daß eine zweite Zahlung von 25 ₰ erfolgen solle. Der Referendar zahlte zwar, verklagte jedoch prinzipshalber die Direction der Berliner Pferdebahn wegen Rückzahlung der 25 ₰. Beide Parteien nahmen sich ihren Rechtsanwalt an. Verschiedene Termine wurden anberaumt, Sachverständige vernommen und von dem Stadtgericht vorgestern endlich die Direction der Pferdebahn zur Rückzahlung der 25 ₰ und zum Tragen der Kosten, die mindestens schon gegen 75 M. betragen, verurtheilt.

Magdeburg, 6. November. In der gestern im Börsenhause stattgehabten Conferenz hiesiger Weingroßhändler wurde beschlossen, zwei der Collegen von hier nach Kassel zu deputiren und dort folgende Anträge zu stellen: 1) Gewerbegerechte Vornahmen mit einer Waare enthalten keinen Betrug und keine Fälschung. 2) Ein rechtswidriger Vermögensvortheil ist nicht nachzuweisen, sobald die Sachverständigen eine Waare preiswerth finden. 3) Die Etiquette bezeichnet weniger den beschränkten Ort der Erzeugung als gewisse Eigenschaften des Weins. 4) Gewerberecht ist im Weinhandel jede Behandlung, die die Verbesserung des Weines bezweckt, ohne eine Vermehrung desselben einzuschließen. Zusätze von Stoffen zum Wein, die von Natur in demselben nicht vorkommen, oder die ihm nicht von Alters her durch die Behandlung zugesellt wurden (wie schwefliche Säure beim Einbrennen der Fässer) sind nicht gewerberecht.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 8. Novbr. Effecten-Societät. Creditactien 180⅜, Franzosen 220⅜, Goldrente 63½. Fest.

Amsterdam, 8. Novbr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Roggen ⅌ März 190. — Rüböl ⅌ Herbst 42¾.

Wien, 8. Nov. (Schlußcourse.) Papierrente 63,90 Silberr. 67,10, Goldrente 74,30, 1854r Loose 107,00, 1860er Loose 112,20, 1864er Loose 137,20, Creditloose 162,50, Ungar. Prämienloose 79,20, Creditactien 211 40, Franzosen 257,50, Lomb. Eisenbahn 77,50, Galizier 245,00, Kaschau-Oderberg. 103,70, Pardub. 96,00, Nordwestb. 110,25, Elisabethbahn 163,00, Nordbahn 1920,00, Nationalbank 832,00, Türkische Loose 14,75, Unionbank 61,75, Anglo-Austria 91,00, Berliner Wechsel 57,90, Londoner do. 118,85, Hamburger do. 57,90, Pariser do. 47,40, Frankfurter do. 57,90, Amsterdamer do. 98,50, Napoleons 9,52½, Dukaten 5,66, Silbercoupons 105,75, Marknoten 58,52½. Ungarische Goldrente 92,50.

London, 8. Novbr. [Schluß-Course.] Consols 96$\frac{11}{16}$. 5 pCt. Italienische Rente 71⅜. Lombarden 6½. 3 pCt. Lombarden-Prioritäten alte 9⅛. 3pCt. Lomb.-Priorit. neue 9. 5pCt. Russen de 1871 78. 5pCt. Russen de 1872 77¾. Silber 54⅞. Türkische Anleihe de 1865 10⅛. 5pCt. Türken de 1869 10¼. 5pCt. Vereinigte Staaten ⅌ 1885 —. 5pCt. Vereinigte Staaten 5 pCt. fundirte 106¾. Oesterreichische Silberrente 57. Oesterreichische Papierrente 54. 6pCt. ungar. Schatzbonds 95¾. 6pCt. ungarische Schatzbonds 2. Emission 87⅓. 6pCt. Peruaner 13¼. Spanier 13. 5 pCt. Russen de 1873 79¼. — Platzdiscont 3¼ pCt. — Aus der Bank flossen heute 50 000 Pfd. Sterl.

Paris, 8. November. Bankausweis. Zunahme: Portefeuille der Hauptbank und der Filialen 1 820 000, Gesammt-Vorschüsse 759 000, Guthaben des Staatsschatzes 580 000, Laufende Rechnungen der Privaten 12 104 000 Frcs. Abnahme: Baarvorrath 7 784 000, Notenumlauf 31 805 000 Frcs.

Paris, 8. November. (Schlußbericht.) 3 pCt. Rente 70,52½. Anleihe de 1872 105,60. Italienische 5 pCt. Rente 71,95. Oesterreich. Goldrente 63,00. Italienische Tabaks-Obligationen —. Franzosen 552,50, Lombardische Eisenbahn-Actien 165,00. Lombardische Prioritäten 229,00. Türken de 1865 10,42½. Türken de 1869 50,00. Türkenloose 33,00. Credit mobilier 150, Spanier exter. 13, do. inter 12¼, Suezcanal-Actien 695, Banque ottomane 367, Société generale 473, Credit foncier 645, neue Egypter 168 Wechsel auf London 25,16. — Fest und belebt, Kauflust.

Paris, 8. November. Productenmarkt. Weizen fest, ⅌ Novbr. 32,75, ⅌ Dezbr. 32,25, ⅌ Januar-Febr. 32,25, ⅌ März-April 32,00. Mehl steigd., ⅌ Novbr. 70,00, ⅌ Dezbr. 70,00, ⅌ Januar-Februar 70,00, ⅌ März-April 69,50. Rüböl fest. ⅌ Novbr. 97,50, ⅌ Dezbr. 98,25, ⅌ Januar-April 100,00, ⅌ Mai-August 97,50. Spiritus behauptet, ⅌ Nov. 57,50, ⅌ Jan.-April 61,00.

Antwerpen, 8. Novbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen ruhig. Roggen gefragt. Hafer stetig. Gerste behauptet. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 29½ bez. und Br., ⅌ Novbr. 29½ bez. und Br., ⅌ Dezbr. 30½ bez. und Br., ⅌ Januar 31 Br., ⅌ Febr. 30½ Br. — Weichend.

Newyork, 7. Novbr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81 C., Goldagio 2⅞, 5/20 Bonds ⅌ 1885 —, do. 5pCt. fundirte 106⅝ 5/20 Bonds ⅌ 1887 108½, Eriebahn 11½, Central-Pacific 106½, Newyork Centralbahn 106. Höchste Notirung des Goldagios 3, niedrigste 2¾. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11⅛, do. in New-Orleans 10½, Petroleum in Newyork 12¾, do. in Philadelphia 12⅞, Mehl 5 D. 35 C., Rother Winterweizen 1 D. 39 C., Mais (old mixed) 62 C. Zucker (fair refining Muscovados) 7⅝, Kaffee (Rio-) 18⅛, Schmalz (Marke Wilcox) 9⅛ C., Speck (short clear) 7 C. Getreidefracht 6¾.

Meteorologische Depesche vom 8. November.

Uhr.		Barometer.	Wind.		Wetter.	Temp. C.	Bem
8	Aberdeen . . .	750,6	SSW	stille	wolkenl	6,1	1) 2)
8	Copenhagen .	757,1	SW	leicht	Nebel	10,6	
8	Stockholm . .	754,8	SW	leicht	h. bed.	6,0	
8	Haparanda . .	746,2	N	leicht	bed.	1,4	
7	Petersburg . .	750,2	WSW	schwach	bed.	9,6	
7	Moskau . . .	760,4	S	stark	bed.	8,2	
8	Cork	754,9	NW	stille	h. bed.	6,7	2)
7	Brest	760,0	W	mäßig	heiter	12,0	3)
7	Helder	756,6	SSW	stille	Nebel	11,4	
8	Sylt	755,9	WSW	stille	Regen	10,2	4)
8	Hamburg . . .	758,3	S	leicht	bed.	11,5	5)
8	Swinemünde .	759,9	WSW	schwach	bed.	9,3	6)
8	Neufahrwasser	761,6	SW	schwach	heiter	7,3	7)
8	Memel	760,2	SW	schwach	Regen	9,5	8)
7	Paris	760,0	SW	stille	Regen	11.8	
7	Crefeld	758,2	S	leicht	bed.	12,6	9)
7	Karlsruhe . .	762,0	S	leicht	bed.	8,2	
7	Wiesbaden . .	761,6	SW	leicht	h. bed.	7,5	10)
7	Cassel	760,7	SSW	stille	heiter	10,9	11)
7	München . . .	764,5	SO	schwach	wolkenl	1,8	12)
7	Leipzig	763,0	SSO	schwach	wolkenl	5,6	
7	Berlin	761,6	S	leicht	heiter	8,3	
7	Wien	766,1	—	stille	wolkenl	0,4	
7	Breslau. . . .	764,7	SSO	leicht	wolkenl	3,8	

1) See ruhig. 2) Seegang leicht. 3) See unruhig. 4) Neblig und regnerisch 5) Abends und Nachts Staubregen. 6) See ruhig. 7) Dunstig. 8) Seegang mäßig. 9) Staubregen. 10) Thau. 11) Dunstig. 12) Reif.

Durch allgemeines Steigen des Barometers in Nordwest-Europa sind die seit vier Tagen in ganz Mittel-Europa anhaltend dorthin gerichteten Gradienten verringert und die herrschende südwestliche Luftströmung auch im Canal und an den deutschen Küsten abgeflaut, im Skagerak sogar Windstille eingetreten. An den Ostküsten der Nordsee und in der westlichen Ostsee ist zwar das Wetter größtentheils regnerisch oder neblig und ungewöhnlich warm, im größeren Theile Deutschlands herrscht jedoch wie in Oesterreich-Ungarn und Großbritannien schönes heiteres Wetter mit allmäliger Abkühlung.

Deutsche Seewarte.

Productenmärkte.

Königsberg, 8. Novbr. (v. Portatius & Grothe.) Weizen ⅌ 1000 Kilo hochbunter 122/3℔ 197,50, 123/4℔ 200, 128℔ 223,50, russ. 124℔ 201,25 M., bunter russ. 123/4℔ und 126℔ 190,50, 127℔ 200, 128℔ 201,25 M., rother 130℔ 204,75, russ. 120℔ 169.50, 123℔ 164,75, 124℔ 176,50, 124/5℔ und 129℔ 174, 126℔ 194, 126/7℔ 188,25, 190,50, 127℔ 178,75, 128℔ 193, 129℔ 195,25, 130℔ 185,75, 133℔ 197,50 M. bez. — Roggen ⅌ 1000 Kilo inländischer 120/1℔ 133,75, 124℔ 142,50, 126 145 M. bez., fremder 116/7℔ 123, 122/3℔ grobk. 137,50 M. bez., Novbr. 129 M. Br., 127 M. Gd., Frühjahr 133 M. Br., 131 M. Gd. — Gerste ⅌ 1000 Kilo große 147, 150, 151,50 M. bez., kleine 151,50, russ. 118,50, 120, 121,50, 122,75 M. bez. — Hafer ⅌ 1000 Kilo loco russ. 96, 98, 114 M. bez. — Erbsen ⅌ 1000 Kilo weiße 122,25, 133,25, 135,50, 146,50, 148,75 M., graue 133,25, 155,50, 177,75, 180, 183,25 M., grüne 177,75 M. bez. — Wicken ⅌ 1000 Kilo 106,50 M. bez. — Leinsaat ⅌ 1000 Kilo feine 214,25 M. bez. mittel 165,75, 185,75 M. bez. — Hanfsaat 170 M. bez. — Senf 19,50 M. bez. — Spiritus ⅌ 10 000 Liter pCt. ohne Faß in Posten von 5000 Liter und darüber, loco 48¾ M. bez., Nov. 48½ M. bez., Dezbr. 48½ M. Br., 48 M. Gd., Novbr.-März 49½ M. Gd., Frühjahr 52 M. Br., 51½ M. Gd., Mai-Juni 52½ M. Br., 52 M. Gd., Juni 53½ M. Br., 52¾ M. Gd.

Stettin, 8. November. Weizen ⅌ Novbr. 213,00 M., ⅌ Frühjahr 207,00 M. — Roggen ⅌ Novbr.-Dezbr. 135,50 M., ⅌ Frühjahr 140,50 M. — Hafer ⅌ Novbr. 145,00 M., ⅌ Frühjahr — M. — Rüböl 100 Kilogr. ⅌ Novbr. 73,00 M., ⅌ Novbr.-Dezbr. 71,50 M., ⅌ April-Mai 72,00 M. — Spiritus loco 48,50 M., ⅌ Novbr. 48,00 M., ⅌ Novbr.-Dezember 47,80 M., ⅌ Frühjahr 50,50 M. — Petroleum ⅌ November 12,75 M.

Berlin, 8. Nov. [Originalbericht von E. Faltin.] Der heutige Markt verlief für Getreide in recht fester Stimmung, Weizen hatte auf nahe Termine bei Platzspeculanten einige Deckungsfrage, die zur Befestigung der Course Anlaß gab, während andere Termine dadurch beeinflußt bei kleinem Geschäft in fester Haltung blieben. Loco unverändert. — Roggen ist in effectiver Waare von unseren uns benachbarten Mühlen anhaltend gut gefragt und zu besseren Preisen verkäuflich. Aus diesem Umstande machen sich Abgeber für Termine zurückhaltender, was eine Besserung von 2 M. zur Folge hatte. — Rüböl sehr stramm und höher, namentlich auf nahe Termine, wofür hiesige Oelfabriken in Deckung Käufer sind. Die heutige anfängliche Ermattung verursachte französische Realisationen ⅌ November und Dezember, nach deren Erledigung die Nachfrage die Oberhand behielt. Spätere Termine wenig besser, so daß der Deport wieder größer wurde. — Spiritus war in fester Haltung und auf vordere Termine durch Deckungen etwas fester; Frühjahr- und Sommertermine wurden für die Provinzen verkauft, ohne daß dieses verflauend wirkte. — Petroleum war besonders auf entferntere Termine durch Angebot matter. — Roggenmehl fester. — Weizen ⅌ 1000 Kilo, gekündigt 8000 Ctr, Kündigungspreis 216 M., loco 200—237 M. n. Qual., gelb schles., märk. u. galizisch. 210—220 M. ab Bahn bez., ⅌ Nov. 215½—216½—216 M. bez., ⅌ Nov.-Dezbr. 213—214—213½ M. bez., ⅌ Dezbr.-Januar — M., ⅌ April-Mai 1878 209½—210—209½ M. bez., Mai-Juni

— M. bez. — Roggen pr 1000 Kilo, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — M., loco 135—157 M nach Qualität, alt russischer 135—138 M ab Kahn bez., neu russ. 138—140 M ab Bahn bez., neu inländ. 150—156 M ab Bahn bez., pr Novbr. 137½—138½ M bez., pr Novbr.-Dezbr. 137½ bis 138½ M bez., pr Dezember-Januar 139—140 M bez., pr April-Mai 1878 143—144½—144 M bez., pr Mai-Juni — M bez. — Rüböl pr 100 Kilo mit Faß, gekündigt — Cent., Kündigungspreis — M., loco mit Faß 76 M, loco ohne Faß 74,5 M, pr November 73,4—74,2 M bez., pr Novbr.-Dezbr. 72,8—73,2 M bez., pr Dezbr.-Jan. 72,6—73 M bez., pr April-Mai 1878 — M bez., pr Mai-Juni — M — Spiritus pr 10 000 Ⅼ mit Faß, gekündigt — Liter, Kündigungspreis — M., pr November 48,9—49—49,3 M bez., pr Nov.-Dezbr. 48,9—49,1—49,2 M bez., pr Dez.-Jan. — M bez., pr April-Mai 1878 51,6—51,4—51,6 M bez., pr Mai-Juni 51,7 M bez., loco ohne Faß 49,5 M bez. — Petroleum pr 100 Kilo mit Faß, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — M., loco 28 M, pr Novbr. 26,2—26,1 M bez., pr Novbr.-Dezbr. 26,2—26,1 M bez., pr Dezbr.-Jan. 26,8—26,7 M bez., pr Jan.-Februar 1878 — M bez., pr April-Mai 1878 — M bez. — Oelsaaten pr 1000 Kilo, Winter-Raps 310—330 M, Winter-Rübsen 310—325 M — Weizenmehl incl. Sack pr 100 Kilo loco No. 00 32—30 M, No. 0 30—29 M, No. 0 und 1 28½—27 M — Roggenmehl incl. Sack pr 100 Kilo loco No. 0 23—21 M, No. 0 und 1 20—18¾ M, pr Novbr. 20,05 M bez., pr Nov.-Dez. 20,05 M bez., pr Dezbr.-Jan. 20,10—20,15 M bez., pr Januar-Februar 1878 20,15—20,20 M bez., pr Februar-März 20,15—20,20 M bez., pr März-April — M bezahlt, pr April-Mai 20,20—20,25 M bez.

Viehmarkt.

Berlin, 5. Novbr. Es standen zum Verkauf: 1738 Rinder, 6925 Schweine, 822 Kälber, 4301 Hammel. Der Auftrieb von Rindern war dem des vorwöchentlichen Montages fast gleich, da indeß die hiesigen Schlächter an den letzten Wochenmärkten ihren Vorrath endlich räumen konnten, zeigt sich heute speciell für geringere Waare lebhafterer Begehr und höhere Preise: Ia. 60—63, IIa. 51—54, IIIa. 36—39 M pr 100 ℔ Schlachtgewicht. — Dagegen blieb das Geschäft bei Schweinen unverändert matt da bei dem für die Jahreszeit noch immer warmen Wetter größere Acquisitionen für Wurst und Rauchfleisch noch unterbleiben. Es wurde trotz des geringeren Auftriebes nur erzielt. Ia. ca. 55, IIa. 50-51, IIIa. ca. 40 M pr 100 ℔ Schlachtgewicht. — Für Kälber stellten sich aus den schon bei den Rindern erwähnten Gründen auch etwas bessere Preise heraus: ca. 55—56 ₰ pr ℔ Schlachtgewicht. — Bei Hammeln fehlte recht gute Waare ganz und läßt sich der Durchschnittspreis auf 17—18 M pr 45 ℔ normiren. Der Markt wurde indeß nicht geräumt.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser 8. Nov. Wind: SW.
Angekommen: George Henry, Williams, Portmadoc, Schiefer. — Jacob Arendt, Mestermann, Liverpool, Salz. — Gerhardina, Hemmen, Peterhead, Heringe.
Gesegelt: Jantina, Buisman, Harlingen, Holz. Helena, de Jonge, Wilhelmshafen, Holz. — Henriette, Schwanz, Randers, Kleie.— Laura, Freese, Nykjöbing, Kleie.

9. November. Wind WNW.
Gesegelt: Stagshaw (SD.), Dunn, London, Getreide und Kartoffeln.
Ankommend: Brigg Breslau.

Thorn, 8. Nov. Wasserstand: 1 Fuß 10 Zoll.
Wind: S. Wetter: schön.

Stromauf.

Von Katharinchenberg nach Thorn: Pollaczewski, Gehrt, Brennholz. — Paruszewski, Gehrt, Busse, Mondrzejewski, Brennholz.

Stromab:

Woltersdorf, Fajans, Wyszogrod, Danzig, 1 Kahn, 437 Ctr. 50 ℔ Weizen, 687 Ctr. 88 ℔ Roggen.
Dronßkowski, Rogozinski, Wyszogrod, Danzig, 1 Kahn, 1177 Ctr. 48 ℔ Roggen.
Köbisch, Szattan, Wyszogrod, Bromberg, 1 Kahn, 1400 Ctr. Roggen.
Grabowski, Glaß, Zakroczin, Danzig, 1 Kahn, 1115 Ctr. 28 ℔ Roggen.
Japs, Glaß, Zakroczin, Danzig, 1 Kahn, 1133 Ctr. 4 ℔ Roggen.
Friedrich, Ulich, Warschau, Danzig, 2 Kähne, 2365 Ctr. Melasse.
Liedtke, Kalischer, Ribit, Thorn, 7 Galler, 245 Klafter Brennholz.
Weinreich, Eibischütz, Brzescz, Schulitz, 1 Traft, 3325 St. Eisenbahnschwellen, 195 St. Mauerlatten.

Berliner Fondsbörse vom 8. November 1877.

Auch die heutige Börse litt unter dem Druck einer ziemlich intensiven Verstimmung, und es konnten sich in Folge dessen die höheren Anfangs-Notirungen nur kurze Zeit behaupten. Oesterr. Creditactien gegen gestern etwas gestiegen. Franzosen im Allgemeinen schwächer. Die österreichischen Nebenbahnen zeigten heute etwas vermehrte Regsamkeit. Galizier konnten sich auf gestriger Notiz nicht voll behaupten. Unter den localen Speculationseffecten zeichneten sich nur Laura-Actien aus. Disconto-Commandit verhielten sich ruhiger. In ausländischen Staatsanleihen blieb der Verkehr sehr schwach, so daß eine Tendenz kaum zum Ausdruck gelangte. Russische Werthe erfreuten sich sämmtlich sehr fester Haltung und zogen fast sämmtlich in den Notirungen an. Preußische Fonds unverändert und ebenso wie die anderen deutschen Staatspapiere fast ganz geschäftslos. Eisenbahnprioritäten waren durchweg recht fest, obwohl der Verkehr in sämmtlichen Devisen sehr still blieb. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte eher eine feste Stimmung. Bankactien im Allgemeinen gedrückt. Industriepapiere fast absolut geschäftslos. Montanwerthe ganz vernachlässigt.

† Zinsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds

Consolidirte Anl	4½	104,10
Pr. Staats-Anl.	4	95
Staats-Schuldsch.	3½	93,25
Pr. Präm.-A 1855	3½	135,10
Deutsche Reichs-A.	4	95,75
Landsch. C.-Pfdbr.	4	94,80
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	83,75
do. do.	4	94,40
do. do	4½	101,80
Pomm. Pfandbr.	3½	82,80
do. do.	4	94,40
do. do.	4½	101,80
Posensche neue do.	4	94,10
Westpreuß. Pfdbr.	3½	83,20
do. do.	4	94
do do.	4½	100,90
do. II. Ser.	4½	—
do. do.	5	103
do. neue	4½	—
do. do.	4	93
do. do. II. S.	4½	100,70
Pomm. Rentenbr.	4	94,90
Posensche do.	4	94,70
Preußische do.	4	94,90
Bad. Pr.-A. 1867	4	119,30
Bayer. Präm.-A.	4	121
Braunsch. Pr.-A.	—	82,30
Köln.-Md.-Pr.-S.	3½	110,25
Hmbg. 50rtl. Loose	3	173,60
Lübecker Pr.-Anl.	3½	169,40
Oldenburg. Loose	3	135,60

Hypotheken-Pfandbr.

Unk. Pfd. Pr.H.-Bk.	5	99
Bod.Crd.Hyp.-Pfd.	5	103
Cent. Bd. Cr.-Pfdb.	5	101,60
do. do.	5	107,25
Kündb. do.	4½	100
Danz. Hyp.-Pfdbr.	5	—
Goth. Präm.-Pfd.	5	107,10
Pomm. Hyp.-Pfdb. II. u. IV. Em. rkz. 110	4½	95,25
III. Em rkz. 100	5	93,10
Stett. Nat. Hyp.	5	97,75

Ausländische Fonds.

Oesterr. Goldrente	4	63,50
Oesterr. Pap.-Rente	4½	54,40
do. Silber-Rente	4½	56,80
do. Loose 1854	4	96,70
do. Cred.-L. v. 1858	—	292,10
do. Loose v. 1860	5	104,75
do. Loose v. 1864	—	252,50
Ungar. Eisenb.-An.	5	—
Ungarische Loose	5	150
do. Schatzanw. II.	6	87,75
Ruß.-Egl. Anl. 1822	5	76,90
do. do. Anl. 1859	3	—
do. do. Anl. 1862	5	78,40
do. do. von 1870	5	—
do. do. von 1871	5	79,20
do. do. von 1872	5	79,30
do. do. von 1873	5	79,20
do. Consf. Obl. 1875.	4½	73,90
Ruß.-Stiegl. 5 Anl	5	62,50
do. Stiegl. 6. Anl.	5	81,30
do. Präm.-A. 1864	5	137,30
do do von 1866	5	134,30
Ruß. Bod. Crd. Pfd.	5	71,90
Ruß. Central do.	5	72,50
Ruß. Pol. Schatzobl.	4	76,25
Pol. Pfd. S-R.	5	62,25
do. Liquidat.-Br.	4	54,50
Amerik. Anl. p. 1885	6	—
do. 5% Anl.	5	102,50
do. do. p. 1881	6	104,30
Newyork. Stadt-A.	7	107,75
do. Gold-A.	6	104,20
Italienische Rente	5	71
do. Tabaks-Act.	6	—
do. Tabaks-Obl.	6	—
Französische Rente	5	—
Raab-Graz.-A.	4	70
Rumänische Anleihe	8	80,90
Türk. Anl. v. 1865	5	10,25
Türk. 6% Anleihe	6	—
Türk. Eisenb.-Loose	3	24,30

Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prioritäts-Actien.

		Div. 1876
Aachen-Mastricht	16,50	1
Bergisch-Märk.	75,10	3¾
Berlin-Anhalt	86,50	6
Berlin-Dresden	10,80	0
Berlin-Görlitz	9,50	0
do. St.-Pr.	25,75	5
Berlin-Hamburg	172,50	11
Berlin. Nordbahn	—	0
Berl.-Pot.-Magd.	75	3½
Berlin-Stettin	110,20	8 9/10
Bresl. Schw.-Fbg.	66	5
Köln-Minden	88,80	5¼
Crf. Kr.-Kempen	—	0
do. St.-Pr.	—	0
Halle-Soran-Gub.	8,75	0
do. St. Pr	27,40	0
Hannover-Altenbek	7,50	0
do. St.-Pr.	20,70	0
Märkisch-Posen	13	0
do. St.-Pr.	68,30	3¾
Magdeb.-Halberst.	104,10	8
" B.	66,75	3½
" C.	96,40	5
Mainz-Ludwigsh.	82,80	5
Münst.-Ensch.St.P.	—	0
Niederschl.-Märk.	96	4
Nordhausen-Erfurt	19	4
St.-Pr.	28,75	1½
Oberschl. A. u. C.	126	9⅔
Lit. B.	118	9⅔
Ostpreuß. Südbahn	31,75	0
do. St.-Pr.	87	5
Rechte Oderuferb.	95,60	6⅖
do. St.-Pr.	104,60	6⅖
Rheinische	107,50	7½
Rhein-Nahe	5,40	0
Saal-Bahn	10	0
† Stargard-Posen	100,75	4½
Thüringer	119,50	9¼
Tilsit-Insterburg	16,60	0
do. St.-Pr.	72	4
Weimar-Gera gar.	35,50	2¼
do. St.-Pr.	13	0
Brest-Grajewo	24,50	0
Brest-Kiew	43,50	0
Galizier	104,75	7
Gotthardbahn	44	6
† Kronpr. Rud.-B	49,75	5
Lüttich-Limburg	15	0
Oester.-Franz. St.	—	5⅖
† do. Nordwestb.	186	5
do. Lit B.	76	
† Reichenb.-Pardb.	40,70	4½
Rumänier [illegible]	15	0
do. St.-Pr.	53	8
† Ruß. Staatsb.	111,40	6,95
Südösterr. Lomb.	—	0
Schweiz. Unionb.	3,75	0
do. Westb.	13,10	[illegible]
Warschau-Wien	152	6⅔

Ausländische Prioritäts-Obligationen.

Gotthard-Bahn	5	44
†Kaschau-Oderbg.	5	59,90
†Kronpr. Rud.-B.	5	64,10
†Oest.-Fr. Staatsb.	3	323,25
†Südöst. B. Lomb.	3	225,50
†Südöst. 5% Oblg.	5	77,25
†Oester. Nordwestb.	5	73,30
do. do. Elbethal	5	61,90
†Ungar. Nordostb.	5	55,70
†Ungar. Ostbahn	5	53,90
Brest-Grajewo	5	64,50
†Chark.-Azow rtl.	5	83,30
†Kursk-Charkow	5	85
†Kursk-Kiew	5	88,60
†Mosco-Rjäsan	5	96,80
†Mosco-Smolensk	5	85
Rybinsk Bologoye	5	79,60
†Rjäsan-Kozlow	5	89,75
†Warschau-Teresp.	5	85

Bank- und Industrieactien.

		Div. 1876
Berliner Bank	6,50	0
Berl. Bankverein	40	0
Berl. Cassen-Ver.	148	10 7/12
Berl. Com. (See.)	71,25	2½
Berl. Handels-G.	68,75	0
Berl. Wechslerbk.	3	0
Bresl. Discontob.	65,75	4
Centrlb. f. Bauten	3	0
Ctrb. f. Ind. u. Hnd	67,75	0
Danz. Bankver. A	88	0
Danziger Privatb.	102,75	7
Darmst. Bank	104	6
Deutsche Genoss.-B	88	5½
Deutsche Bank	92,50	3
Dtsch. Eff. u. W.	107,50	7
Deutsche Reichs-Bk	158	6⅕
Deutsche Unionsb.	34,50	0
Disc.-Command.	111,10	4
Gew.-Br. Schuster	2	0
Int. Handelsges.	—	0
Königsb. Ver.-B.	83	5⅓
Meining. Creditb.	76,10	2
Norddeutsche Bank	134,50	8
Oest. Credit.-Anst.	—	1¼
Prß. Boden-Cred.	101,10	8
Pr. Cent. Bd.-Cr.	119,40	9½
Preuß. Crd.-Anst.	—	0
Pom. Rittersch.-B.	1,90	9
Schaffhaus. Bnkv.	53	0
Schles. Bankverein	82,50	5
Stett. Maklerbank	89	0
Ver.-Bk. Quistorp	0,70	0
Actien d. Colonia	—	55
Leipz. Feuer-V.	8350	96
Bauverein Passage	19	1
Berl. Bau-B.-Bk.	100	
Brl. Centralstraße	19,10	0
Deutsche Bauges.	57,50	0
do. Eisnb.-B.-G.	3,75	—
do. Reichs-Cont.	66,75	0
A. B. Omnibusg.	91	7
Str. F. f. Baumat.	—	⅔
Berl. Pap. Fabr.	—	0
Wöhlert Maschinf.	7,25	0
Westend-Gesellj.	—	
Baltischer Lloyd	5	
Königsbg. Vulkan	5,75	
Wilhelmshütte	38	0
Oberschl. Eisnb.-B.	26,25	0

Berg- u. Hütten-Gesellsch.

		Div. 1876
Dortm. Union Bgb.	6,10	0
Königs- u. Laurah.	75,60	2
Stollberg, Zink	17	1½
do. St.-Pr.	83,90	6½
Victoria-Hütte	12	—

Wechsel-Cours v. 8. Novbr.

Amsterdam	8 Tg.	3	168,85
do.	2 Mn.	3	168,10
London	8 Tg.	5	20,445
do.	3 Mn.	5	20,32
Paris	8 Tg	2	81,30
Belg. Bankpl.	8 Tg.	2½	81,20
do.	2 Mn	2½	80,75
Wien	8 Tg	4½	170,30
do.	2 Mn.	4½	169,40
Petersburg	3 Wch.	6	204,50
do.	3 Mn	6	203,50
Warschau	8 Tg.	6	205,20

Sorten.

Dukaten	9,66
Sovereigns	20,28
20-Francs-St.	16,29
Imperials pr. 500 Gr.	—
Dollar	—
Fremde Banknoten	—
Franz. Banknoten	81,50
Oesterreichische Bankn.	170,90
do. Silbergulden	180,50
Russische Banknoten	204,50

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.